Wissenschaftliche Beiträge Geschichtswissenschaft | 39

Luise Güth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre

Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock

Tectum

WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

Reihe Geschichtswissenschaft

WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

Reihe Geschichtswissenschaft

Band 39

Luise Güth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre

Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock

Tectum Verlag

Luise Güth

Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre.
Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:
Reihe: Geschichtswissenschaft; Bd. 39

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Zugl. Diss. Universität Greifswald 2016

E-Book: 978-3-8288-6984-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4143-7 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN: 1861-7468

Umschlagabbildung: shutterstock.com © hanohiki

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Inhalt

1.	**Einleitung**	**9**
1.1.	Fragestellung und Aufbau der Arbeit	9
1.2.	Forschungsstand	14
1.3.	Methodik und Quellenlage	20
1.4.	Untersuchungsgebiet	26
2.	**Historische Einordnung**	**29**
2.1.	Ideologische Hintergründe zur Bündnispolitik im Sozialismus	29
2.2.	Die Bündnispolitik der SMAD und KPD/SED in der SBZ	33
2.3.	Die bürgerlichen Parteien CDU(D) und LDP(D)	36
2.4.	Die SED-Gründungen NDPD und DBD	42
2.5.	Überblick: Blockpolitik in der DDR bis 1989	50
2.6.	Die Friedliche Revolution: internationale und regionale Aspekte	52
3.	**Einflüsse auf die Akzeptanz des SED-Regimes**	**61**
3.1.	Externe Einflüsse	61
3.1.1.	Sowjetunion: Glasnost und Perestroika	61
3.1.2.	Ostblock: Sorge vor Instabilität und Isolation	69
3.1.3.	BRD: Einflüsse von Grenznähe und politische Organisationen	78
3.2.	Systemimmanente Einflüsse	87
3.2.1.	Wirtschaft und Gesellschaft	88
3.2.1.1.	Versorgung: alltäglicher Mangel führt zu Legitimitätskrise	88
3.2.1.2.	Innenpolitik: Bildung, Umwelt und Wahlrecht dominieren Diskussionen	97
3.2.1.3.	Reisegesetzgebung: Sehnsucht nach Normalität und Rechtssicherheit	101
3.2.1.4.	Informationspolitik: Aufbegehren gegen entmündigende Desinformation	106
3.2.1.5.	Sputnik-Streichung: von wem nun „Siegen lernen“?	110
3.2.1.6.	Sozialistische Demokratie: Ursache für Resignation und Emanzipation	114

3.2.2. Beziehung zur SED: von unterwürfiger Treue zu offener Feindschaft 119
3.2.2.1. Die CDU(D): Kritik auf allen Ebenen – außer vom Vorsitzenden 119
3.2.2.2. Die LDP(D): selbstbewusste Kritik – auch vom Vorsitzenden 125
3.2.2.3. Die NDPD: Kritik der Mitglieder, aber Kreisfunktionäre lange „auf Linie“ 136
3.2.2.4. Die DBD: strukturell und inhaltlich die engste Verbündete .. 143
3.2.3. Beziehung zum MfS: offizielle Kooperation und inoffizielle Durchdringung 147
3.2.4. Die Parteien im SED-Herrschaftssystem: Anleitung und Inszenierung 159
3.2.5. Interaktion der Blockparteien: Aufbrechen der inszenierten Konkurrenz 166
3.2.6. Bevölkerung & Kirche: Positionierung zu Reformforderungen von „außen“ 172
3.2.7. Regionale Disparitäten: wider die Mär vom unsolidarischen Norden 186
4. Aufbruch zur Emanzipation von der SED..... 194
4.1. Parteikommunikation: Indikator für parteiinterne Hierarchien und politische Kultur..... 194
4.2. Unmut: die Diskrepanz zwischen Basis und Führung wächst 206
4.3. Erneuerung: von alten Schläuchen und neuen Weinen..... 240
4.4. Kreisverbände: Diskrepanzen offenbaren bestehende Spielräume..... 279
4.5. Einflüsse von geographischer Lage, Urbanisierung und Bildungsstand..... 325
4.6. Bezirksleitungen: verlängerte Arme der Führung oder Sprachrohre der Basis?..... 327
4.7. Mitgliederbewegung: Indiz für die Zufriedenheit mit der Partei und dem System..... 332
4.8. Akteursgruppen: Jugendliche, Frauen oder „Intelligenzler“ prägen Meinungsbild..... 369
4.8.1. Jugend: Antrieb in LDP(D) und DBD..... 369
4.8.2. Frauen: in der CDU(D) nicht nur Ausdruck der Erneuerung 376
4.8.3. „Intelligenz“: besonders prägend in LDP(D)..... 379

5. Vorbereitungen für die deutsche Vereinigung..... 386
5.1. Reinigende Umstrukturierungen und sterbende Artefakte..... 386
5.2. Parteifusionen: Ostbesuch und Westverwandtschaft..... 394
5.2.1. Konservatives Spektrum..... 394
5.2.2. Liberales Spektrum..... 405
6. Fazit..... 414
7. Anhang..... 422
7.1. Abkürzungen..... 422
7.2. Personenverzeichnis (Auswahl)..... 424
7.3. Tabellen- und Grafikverzeichnis..... 428
7.4. Quellenverzeichnis..... 437
7.4.1. Gedruckte Quellen..... 437
7.4.2. Ungedruckte Quellen..... 439
7.4.2.1. Archiv für Christlich-demokratische Politik (ACDP)..... 438
7.4.2.2. Archiv des Liberalismus, Bestand LDP(D) (ADL)..... 440
7.4.2.3. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch)..... 440
7.4.2.4. Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)..... 441
7.4.2.5. Pommersches Landesarchiv Greifswald..... 441
7.5. Literaturverzeichnis..... 442

1. Einleitung

Die drastischen Worte eines CDU(D)-Ortsgruppenvorsitzenden sind angesichts des überwiegend angepassten und opportunistischen Bildes, das häufig mit den Blockparteien der DDR verbunden wird, überraschend: Im Kreise der Ortsgruppe könne man die „*Fresse aufmachen gegen die Bürokratenscheiße*“ [1]. Wer seiner Meinung nach die „*Fresse aufmachen*“ sollte und was genau nach der Ansicht einiger Rostocker Blockparteimitglieder die „*Bürokratenscheiße*“ gewesen ist, wird diese Arbeit zeigen. Obwohl die Wortwahl hier tatsächlich außergewöhnlich scharf ist, war ein nicht unwesentlicher Teil der Mitgliedschaft der vier kleineren Blockparteien ab der Mitte der 80er Jahre mit Einzelaspekten der SED-Politik unzufrieden.[2] Aus diesen Teilaspekten erwuchs ein allgemeiner Unmut mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der späten DDR, der auch Auswirkungen auf die Stabilität des SED-Herrschaftssystems hatte. Die Genese und Auswirkung dieses Unruhepotentials steht im Zentrum der vorliegenden Studie.

1.1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Doch was waren eigentlich die Blockparteien der DDR? Für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) waren die vier Blockparteien[3] ein inhärenter Bestandteil der Herrschaftsstruktur und die Kontrolle

---

1 Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDP(D), unter besonderer Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis dieser Parteien gegen die Politik der SED sowie Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 23.3.1989, BStU, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 10, Bl. 146.

2 Obwohl diese Feststellung für Teile der Rostocker SED-Mitgliedschaft ebenfalls zutrifft, steht eine genauere Untersuchung hier noch aus.

3 Als Blockparteien bezeichnet man die Parteien der DDR, die gemeinsam mit (und unter Führung) der SED den namensgebenden *Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen* bildeten. Ab 1949 war die *Nationale Front der Deutschen Demokratischen Republik* die Dachorganisation der Parteien und Massenorganisationen. Auf Grund der exponierten Stellung der SED wird diese zumeist nicht als Blockpartei bezeichnet, sondern nur die vier kleineren Parteien CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD. Als Massenorganisation waren der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Kulturbund (KB), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) ab 1947 ebenfalls Mitglieder des Blocks.

über sie war ein Element der Machterhaltung. Über ihre bloße Existenz hinaus waren Christlich-Demokratische Union Deutschlands [CDU(D)],[4] Liberaldemokratische Partei Deutschlands [LDP(D)],[5] Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) auch in staatstragende Funktionen eingebunden. So bekleideten die Funktionäre der Blockparteien Ministerämter und ihre Vorsitzenden hatten jeweils einen Posten als stellvertretende Staatsratsvorsitzende inne. Herrschaftsstabilisierend wirkte sich die Existenz und die scheinbare Beteiligung der Blockparteien aus, weil die Einbindung nicht-proletarischer Kräfte fester Bestandteil der sozialistischen Bündnispolitik war.[6]

Unter der Führung der SED agierten alle fünf Parteien gemeinsam im namensgebenden Demokratischen Block. Tatsächlich aber war die Anerkennung der Führungsrolle an der Basis der Blockparteien nicht so uneingeschränkt, wie die SED es gern darstellte. Das vermeintlich freundschaftliche Verhältnis zueinander bekam in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutliche Risse, die sich auf konkrete destabilisierende Faktoren zurückführen lassen. Diese Faktoren wirkten sich auf den Grad der Anerkennung der SED-Führung aus und führten auch bei den Blockparteimitgliedern zu einer Zunahme der artikulierten Unzufriedenheit.

Die Amtsantritte von Gorbatschow und de Maizière markieren den zeitlichen Rahmen dieser Untersuchung, denn sie markieren Anfang und Ende des Bemühens um einen demokratischen Sozialismus in der späten DDR. Die fünf Jahre zwischen März 1985 und April 1990 waren von einem stetigen Demokratisierungsprozess geprägt, mit dem die Destabilisierung der bestehenden zentralistischen Herrschaftsstrukturen bis zu deren Auflösung einherging.

Welche Faktoren die Akzeptanz des SED-Herrschaftsanspruches in diesem Blocksystem ins Wanken brachten und schließlich den Zusammenbruch des SED-Staates begünstigten, will diese Dissertation aufzeigen: Sowohl externe als auch systemimmanente Einflüsse veränderten die Diskussionen der Blockparteimitglieder über die Chancen und Grenzen des Sozialismus in der DDR. Innerparteiliche Strukturen und die Vor-

---

4 Mit der Bezeichnung CDU(D) ist die christdemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz gemeint, obwohl das hintere D nur in den Gründungsjahren zum Parteinamen gehörte.

5 Mit der Bezeichnung LDP(D) ist die liberaldemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz gemeint, obwohl das hintere D erst ab 1951 zum Parteinamen gehörte.

6 Siehe dazu Kapitel *2.1. Ideologische Hintergründe der Bündnispolitik im Sozialismus*.

machtstellung der SED schufen den Rahmen, in dem Kritik geäußert werden konnte.

Externe Faktoren, die sich auf die Anerkennung der SED-Führungsrolle auswirkten, ergaben sich hauptsächlich aus der Umbruchsituation im gesamten Ostblock, Glasnost und Perestroika und der Auseinandersetzung mit der BRD.

Dominierende systemimmanente Faktoren waren Probleme in der Wirtschaft und Gesellschaft, die Auswirkungen der SED-Parteienpolitik und die zunehmende Politisierung der Bevölkerung und Kirchen.

Aufgrund parteiinterner Charakteristika konnte das Unmutspotential in den Blockparteien unterschiedlich adäquat kommuniziert werden. Beeinflusst wurden die Kommunikationsstrukturen von dem Selbstverständnis der Blockparteien, dem Berichtswesen und dem Umgang mit kritischen Positionen durch Kreis- und Bezirksfunktionäre. Kurzum: dem Grad der innerparteilichen Demokratie.

Die Leitfrage dieser Studie ist: Wie wirkten sich diese Faktoren auf die Akzeptanz und Wahrnehmung des SED-Regimes durch die Mitglieder und Funktionäre der Blockparteien aus und wie beeinflussten sie die Stabilität des politischen Systems in der Spätphase der DDR bis zu dessen Auflösung im Herbst 1989. Dabei sind auch die wenigen Monate der Eigenständigkeit der Parteien von Belang. Exemplarisch wird der Fokus auf den Küstenbezirk Rostock gerichtet.[7]

Das Ausbleiben von befriedigenden Lösungen für aufkommende Probleme bewirkte das Infrage-Stellen von Dogmen und Interpretationen der SED und führte zu einer allmählichen Zersetzung, einer Erosion der Herrschaftsakzeptanz. Dieser Erosionsprozess in der späten DDR kann in drei Phasen eingeteilt werden: Die erste Phase umfasste die Jahre von 1986 bis zum Spätsommer 1989, dem Beginn der Friedlichen Revolution.[8]

---

[7] Warum Rostock ausgewählt worden ist und welche Spezifika mit dem nördlichsten Bezirk der DDR verbunden sind, wird in Kapitel *1.4. Untersuchungsgebiet* erläutert.

[8] Etwa seit der Jahrtausendwende gibt es eine rege Auseinandersetzung um die Bezeichnung des Umbruchs 1989/90. Die bis dahin dominierende Bezeichnung als Wende wurde durch die Einordnung der deutsch-deutschen Ereignisse in die Umbruchsituation in Osteuropa und deren transformationstheoretische Analyse durch den Begriff Friedliche Revolution verdrängt. Neben der methodischen Dimension wurde dies auch durch mehrere inhaltliche Einwände gestützt. Demnach sei die Bezeichnung Wende nicht nur eine wertneutrale Verharmlosung, sondern vor allem die von Krenz geprägte Bezeichnung für den Versuch der Machterhaltung durch die SED (Vgl. Richter, M.: Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutsch-

In dieser Zeit staute sich der Unmut der Parteimitglieder auf und es entstand eine zunehmende Distanz zur Sozialistischen Einheitspartei und der eigenen Parteiführung. Das waren die Grundsteine für die spätere Erneuerung und Profilierung der Blockparteien.

Die Wende-Monate September 1989 bis Februar 1990 bildeten die zweite Phase. Sie waren gekennzeichnet durch die Selbstfindung der Blockparteien und deren Bruch mit der SED. Analysiert wird, wie die Basis[9] und die verschiedenen Funktionärsebenen das entstandene Unruhepotential zur Profilierung und Mitgestaltung der Wende genutzt haben.

Die Monate zwischen März und Oktober 1990 schließen sich als dritte Phase an. Mit der Volkskammerwahl im März ´90 wurde die Friedliche Revolution – die Entmachtung der SED zugunsten einer demokratisch legitimierten Volksvertretung – abgeschlossen. Der Prozess der deut-

---

land Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Bd. 40 (2007), S. 861–868, hier S. 862f.). Allerdings hatte Krenz schon im Herbst 1989 nicht mehr die semantische Deutungsmacht über den Begriff Wende: Im November und Dezember hat sich die Bevölkerung von der Semantik der SED emanzipiert, einen eigenen, revolutionären Bedeutungsinhalt der Wende entwickelt somit die Deutungshoheit über den Begriff zurückerlangt (Siehe dazu Richter, Plädoyer, S. 864–866). Da aber auch die Bezeichnungen Revolution, Implosion oder der von Timothy Garton Ash geprägte Neologismus *Refolution* als Zusammensetzung der Begriffe Reform und Revolution (Ash, T.G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt: Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (dtv, Bd. 30328), München 1993²) nicht ohne kritische Einwände auskommen (z. B. in Langer, K.: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft…!" Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR (Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns, Bd. 3), Bremen 1999, S. 11–13) wird die Terminologie in dieser Arbeit im Sinne Richters verstanden, der zu dem Schluss kommt, dass die Bezeichnung Wende gerade wegen ihrer Neutralität und als *„Begriff der Bevölkerung für ihr eigenes revolutionäres Handeln"* als umgangssprachliches Gesprächsangebot unabhängig von der politischen Einschätzung der Situation 1989/90 wertgeschätzt werden sollte. Richter, Plädoyer, S. 867). In dieser Arbeit sind die Begriffe *Wende* und *Friedliche Revolution* durchweg in Anführungszeichen zu denken: Es handelt sich lediglich um Chiffren zur Benennung des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90. Aus stilistischen Gründen werden auch andere Bezeichnungen synonym verwendet.

[9] Grundsätzlich werden diejenigen Mitglieder als Parteibasis verstanden, die im Rahmen ihrer Mitgliedschaft keine oder nur ehrenamtliche Tätigkeit in der Partei ausgeübt haben. Funktionäre sind dagegen alle hauptamtlichen Mitarbeiter, bei denen jedoch zwischen niederen (Kreisebene), mittleren (Bezirksebene) und hohen Funktionären (zentrale Ebene) unterschieden wird.

schen Vereinigung[10] schloss sich an das Wählervotum für die *Allianz für Deutschland* an und endete mit dem Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990. Hier stehen Konsolidierung und Transformation der Parteien im Vordergrund. Aufgrund der dünnen Quellenlage zu diesem Zeitabschnitt kann jedoch nur schlaglichtartig thematisiert werden, wie der Übergang zum bundesdeutschen Parteiensystem an der Basis verlief.

Die Darstellung der jeweiligen Spezifika der Blockparteien ist ein inhärenter Bestandteil dieser Studie. So wird gezeigt, dass sich die Reaktionen der Blockparteimitglieder auf die sie umgebenden Diskurse und Strukturen wenig voneinander unterschieden. Tatsächlich hatten sich die Mentalitäten aller vier Parteien trotz ihrer unterschiedlichen Traditionen in den späten 80er Jahren soweit angeglichen, dass ein Reformbedarf zumindest für Teilaspekte des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens bereits deutlich vor dem Beginn der Friedlichen Revolution wahrgenommen und die Abschaffung von Missständen gefordert wurde. Jedoch waren die Strukturen des DDR-Systems nicht auf die unkontrollierte öffentliche Artikulation von kritischen Meinungen ausgerichtet. Dennoch war es noch im Sommer 1989 die mehrheitliche Meinung der Blockparteimitglieder, an den DDR-eigenen Formen der politischen „Partizipation" festzuhalten. Die erstarkende demokratische Öffentlichkeit beschleunigte dann den Emanzipationsprozess der Blockparteien und ebnete den Weg für eine neue politische Kultur in der späten DDR.

Über die Schwerpunkte dieser Dissertation hinaus wären sowohl ein dezidierter Vergleich des hier erhobenen Befundes mit anderen Bezirken als auch eine DDR-weite Betrachtung anzustellen. Ebenso wünschenswert wäre eine Untersuchung über das Zusammenwachsen der Parteien aus DDR und BRD. Weiterführende transnationale Fragestellungen zur Rolle der Blockparteien könnten helfen, die politischen Strukturen vor und während des Zerfalls des Ostblocks zu analysieren und sowohl supranationale Gemeinsamkeiten als auch nationale Spezifika herauszuarbeiten. Aufgrund des unzureichenden Forschungsstandes und fehlender anschlussfähiger Arbeiten ist dies jedoch im Rahmen dieses Dissertationsprojektes nicht zu leisten. Daher will diese Arbeit als Aufforderung zur weiteren Erforschung des Themenfeldes verstanden werden.

Die Gliederung der vorliegenden Studie orientiert sich an den bereits genannten Einflussparametern und ist chronologisch angelegt. Um die

[10] Im Gegensatz zum üblichen Sprachgebrauch der *„Wiedervereinigung"* wird in dieser Arbeit der Terminus *Vereinigung beider deutscher Staaten* bevorzugt, da dieser keine nationalstaatliche Kontinuität impliziert.

Positionierung der Blockparteien zwischen dem Jahr 1986 und dem März 1990, ihren Handlungsrahmen und ihr Selbstverständnis verstehen und in die jeweilige Parteiengeschichte einordnen zu können, wird der eigentlichen Untersuchung eine kurze Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung der Parteien vorangestellt. Darin werden neben der Frage nach der gesellschaftspolitischen Funktion der Parteien auch auf deren Verhältnis zur Einheitspartei eingegangen und die ideologischen Grundzüge der sozialistischen Bündnispolitik umrissen. Auch der regionalen Ausrichtung zollt Kapitel zwei Rechnung. So skizziert es die Zustände und Problemlagen im Bezirk Rostock am Vorabend der Wende und den Verlauf der Friedlichen Revolution im Küstenbezirk.

Den Hauptteil dieser Arbeit bilden die Kapitel drei und vier. Im dritten Kapitel wird der Einfluss nationaler und internationaler Faktoren auf die Positionierungen und Meinungsbildung der Blockparteien zwischen der Mitte der 80er Jahre und der Vereinigung von BRD und DDR dargestellt und in den historischen Kontext eingebettet. Das vierte Kapitel zeigt die Auswirkungen dieser Einflüsse und weiterer parteispezifischer Faktoren auf die Blockparteien und verdeutlicht den davon ausgehenden Emanzipationsprozess bis in das Frühjahr 1990 hinein.

Darauf aufbauend richtet das fünfte Kapitel den Fokus auf das Jahr 1990 und konturiert die Entwicklungslinien der Blockparteien bis zu den Parteifusionen.

Nach dem Fazit dieser Untersuchung (Kapitel 6) schließt sich der Anhang (Kapitel 7) mit einem Tabellen- und Grafikverzeichnis und einer Übersicht über benutzte Quellen und Literatur an.

1.2. Forschungsstand

Lange wurde DDR-Geschichte aus nahezu ausschließlich politikgeschichtlicher Perspektive geschrieben. Fragestellungen aus der Herrschaftsperspektive ließen die SED und ihren unmittelbaren Machtapparat im Fokus der DDR-Forschung stehen. Fast könnte man sogar sagen, DDR-Forschung wäre bis in die 2000er Jahre SED-Forschung gewesen.[11] Als ein zentrales Dokument gingen die 8-bändigen Materialien der En-

[11] Exemplarisch sind hier neben den Materialien der Enquete-Kommission und den im Anhang aufgeführten Literaturnachweisen zu nennen: Bessel, R./Jes–sen, R.(Hgg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996; Schröder, K.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998 und Wilke, M.(Hg.): Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen, Köln 2006.

quete-Kommission *„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit"* aus dieser Phase der Forschung hervor.[12] Machtapparat, Arbeitsweise, Ideologie, Machtelite und Strukturen des SED-Herrschaftsapparates wurden eingehend untersucht, auch bis hinunter auf die Bezirks- und Kreisebene.[13] Erzählungen von Diktatur und Opposition ließen oft keinen Platz für die Graustufen dazwischen und zogen zu leichtfertig eine künstliche Grenze zwischen „Staat" und „Gesellschaft".

Ab der Mitte der 2000er Jahre verschob sich der Blick der DDR-Forscher zunehmend auf gesellschaftsgeschichtliche und sozialgeschichtliche Aspekte. Alltagserfahrungen und mentalitätsgeschichtliche Fragen standen nun ebenso im Vordergrund wie die zum Teil widersprüchlichen Erfahrungen von Repression und Normalität.[14] Ein Ergebnis dessen war die Erkenntnis, dass die Dichotomie zwischen Regime und Volk weder haltbar noch geeignet ist, die Komplexität der DDR-Gesellschaft aufzuzeigen. Stattdessen zeigen Arbeiten wie die von Mary Fulbrook, wie die Grenzen des Staates über die enge Gruppe der herrschenden Elite hinaus erweitert und eine Vielzahl der Bürger in *„Mikro-Systeme"*, wie die Arbeit in Parteien, Massenorganisationen, Betriebsgruppen und Initiativen, gebunden wurden.[15]

Die Anzahl (westdeutscher) Forschungsarbeiten über die Blockparteien ist übersichtlich, was auch der bis 1990 nicht vorhandenen Quellenzugänglichkeit geschuldet sein kann. Seit ihrer Entstehung standen die vier kleineren Blockparteien nur sporadisch im Fokus westdeutscher Forschungsarbeiten. Bis in die 2000er hinein verbindet sie die Prämisse, dass der zumindest in Teilen vorhandene politische Grundkonsens zwischen den Blockparteien und der KPD/SED nicht anerkannt wurde. Stattdessen standen Zwang, Repression und die Suche nach der Ursache der Unter-

---

12 Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, 8 Bände, Baden-Baden 1995. Mecklenburg-Vorpommern hat als einziges Bundesland eine eigene Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Regionalgeschichte der einstigen drei Nordbezirke gebildet: Landtag von Mecklenburg-Vorpom–mern (Hg.): Leben in der DDR, Leben nach 1989: Aufarbeitung und Versöhnung, 10 Bände, Schwerin 1998.

13 Siehe z. B. Niemann, M.: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007 oder Pohlmann, T.: Die Ersten im Kreis. Herrschaftsstrukturen und Generationen in der SED (1946-1971), V&R unipress 2017.

14 Vgl. Fulbrook, M.: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 26.

15 Vgl. ebd., insb. Kapitel *11 Der Zellenstaat: Gutartige und bösartige Verteilung der Macht*, S. 253–266.

ordnung im Vordergrund der Untersuchungen.[16] Da auch zwischen SED und DDR-Bevölkerung grundsätzlich keine Interessenidentität erkannt wurde, wurde den Blockparteien nur eine Machtsicherungsfunktion zugeschrieben.[17] Die Frage nach der Eigenständigkeit der Blockparteien und dem daraus entstehenden Spannungsfeld zwischen Abhängigkeit und möglicher Konkurrenz kam erst ab den 90er Jahren auf.[18] Jüngere Forschungsarbeiten erkennen eine breite Mitwirkung der Blockparteien.[19] Im Fokus dieser Studie stehen vor allem die Veränderung der Funktionen der Interessenvertretung und die der Informationsbeschaf-

---

16 Vgl. z. B. Brandt, H. J./Dinges, M.: Kaderpolitik und Kaderarbeit in den „bürgerlichen Parteien", Berlin 1984, S. 9 und Duhnke, H.: Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, Frankfurt a. M. 1966, S. 283.

17 Vgl. z. B. Horn, H.: Gewerkschaften in staatssozialistischen Ländern Osteuropas, in: Mielke, S. (Hg.): Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Opladen 1983, S. 1013.

18 Vgl. z. B. Suckut, S.: Die DDR-Blockparteien, in: Weber, J. (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 99–198, hier S. 102.

19 Als a) Transmission verbreiten die Blockparteien die Akzeptanz der SED-Po–litik in der eigenen Mitgliedschaft und leisteten somit b) Erziehungsarbeit, indem sie die Menschen zur Aneignung des Marxismus-Leninismus veranlassen. Für ihre Mitglieder waren die Blockparteien eine c) Interessenvertretung, die sich in ihrem Selbstverständnis, ihrer Arbeitsweise und ihren Einflussmöglichkeiten jedoch deutlich von Interessenvertretungen in bürgerlichen Demokratien unterschied. Das Hervorbringen von Kritik erfolgte zumeist in Form einer systempositiven Umdeutung. Kritik äußerten die Blockparteien zu Einzelfragen und entschärften „Zündstoff". Die von ihnen übermittelten Stimmungsbilder dienten der SED als Informationsquelle. Durch diese direkte Art der d) Informationsbeschaffung/Ventilfunktion war die Partei der Arbeiterklasse über die Meinung in der Bevölkerung informiert und konnte ggf. darauf reagieren. Die fünfte Funktion der Blockparteien bestand zumindest theoretisch darin, die bürokratischen Strukturen als e) Kontrollmechanismus zu überwachen. Faktisch konnten sie diese jedoch nicht erfüllen. Relevanter dagegen war ihre f) Partizipation in Staatswesen, Justiz und Wirtschaft, in die sie sich mit dem Spezialwissen ihrer Mitglieder einbrachte. Einen wesentlichen Bestandteil des Parteilebens machte die g) Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und die Motivation zum Erwerb von Qualifikationen aus. Die letzte Funktion betraf vor allem die Massenorganisationen, insbesondere die FDJ: Sie diente als ein Grundstein der f) SED-Kaderentwicklung. Siehe zu allen acht Funktionen ausführlich: Kurek, W.: Die VdgB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945-1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Eine Quellenstudie, Berlin 1995, S. 32–35.

fung/Ventilfunktion als Marker des Erosionsprozesses der SED-Herr–schaft in der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

Darüber hinaus existierende Darstellungen beschränken sich häufig auf die eigenständigen Gründungen CDU(D) und LDP(D) und konzentrieren sich überwiegend auf deren Entstehungsjahre. Arbeiten zum Ende der Blockparteien und deren Aufgehen im bundesdeutschen Parteiensystem liegen zwar in geringem Umfang vor,[20] doch haben diese keinen komparativen Ansatz. Darstellungen über die SED-initiierten Parteien NDPD und DBD sind noch rarer.[21] Keine der bisherigen Publikationen ist regionalgeschichtlich angelegt. Dass die Erforschung der Blockparteien insgesamt und der mittleren und niederen Blockparteiebenen im Speziellen ein Desiderat darstellt, bestätigte auch die gemeinsame Tagung des Zentrums für Zeitgeschichte und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im September 2010.[22]

Zum Verlauf der Friedlichen Revolution erschienen bereits ab 1990 ereignisgeschichtliche Untersuchungen. Neben Dokumentensammlungen, Chronologien, Arbeiten zu einzelnen Oppositionsgruppen und transformationstheoretischen Schriften wurden auch Studien über die Wende in einzelnen Bezirken und in überregionalen und regionalen Zentren veröffentlicht.[23] Zeitgleich erfolgte die Untersuchung einzelner Kreise, Kleinstädte und Gemeinden.[24] Auch zum Verlauf der Wende im Bezirk

---

20 Z. B. Ditfurth, C. v.: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991 oder Lapp, P. J.: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998 oder Richter, M.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hgg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 235–253 oder Walter, M.: Es ist Frühling und wir sind (so) frei! LDP(D), NDPD, DFP und FDP in der DDR 1989/1990 (Spektrum Politikwissenschaft, Bd. 4), Würzburg 1998.

21 Siehe Literaturverzeichnis.

22 Vgl. Tagungsbericht *DDR-Geschichte in Forschung und Lehre: Bilanz und Perspektiven*, 23.09.2010–24.09.2010, Berlin, in: H-Soz-u-Kult, 04.11.2010, S. 2. www.hsozukult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte /id=3353. Eingesehen am 08.04.2011 um 16:28 Uhr.

23 Fischer, A./Heydemann, G. (Hg.): Politische Wende 1989/1990 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 1), Weimar 1995 oder Abrokat, S.: Politischer Umbruch und Neubeginn in Wismar von 1989 bis 1990 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 21), Hamburg 1997, S. 48.

24 Siehe z. B.: Mrotzek, F.: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Band 17), Hamburg 1997.

Rostock liegen einzelne Untersuchungen von unterschiedlicher räumlicher Perspektive und unterschiedlich wissenschaftlichem Anspruch vor. Vergleichsweise großen Raum nehmen dabei die Untersuchungen der Friedlichen Revolution in den Hanse- und Universitätsstädten Greifswald und Rostock ein.[25] Politikwissenschaftliche Arbeiten zu Parlamentarismus, Wählerverhalten und der politischen Kultur im heutigen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern erscheinen seit der Mitte der neunziger Jahre in regelmäßigen Abständen und haben sich auch für diese Arbeit als gewinnbringend erwiesen.[26]

Die bisherigen Publikationen betrachten die DDR mehrheitlich aus herrschaftlicher Perspektive, wie schon der einseitige Begriff des „*Transmissionsriemens*" zeigt. Wechselwirkungen zwischen Mitgliedern und Funktionären bzw. staatlichen Organen sind mit dem Transmissions-Paradigma jedoch nicht zu fassen. Erst in der jüngeren Zeit ist hier ein Perspektivwechsel erfolgt. Neben diesem methodischen Einwand muss

---

[25] Als jüngste Publikation zur Wende in Greifswald ist die von Mellies/Möller herausgegebene Interviewsammlung Greifswald 1989. Zeitzeugen erinnern sich, Marburg 2009 zu nennen, die aus einem studentischen Interviewprojekt hervorgegangen ist, an dem auch die Verfasserin teilgenommen hat. Das umfangreichste Werk zur Geschichte Greifswalds ist die Dissertation Greifswald in Vorpommern aus dem Jahr 2000 von Matthiesen, der sich vornehmlich mit der Entstehung und Transformation des konservativen Milieus seit dem Kaiserreich und dessen Funktion als möglicher Garant für Stabilität und Kontinuität im Raum Greifswald beschäftigt. Ebenfalls im Jahr 2000 erschien der Sam–melband Greifswald – Die Geschichte der Stadt, herausgegeben von Horst Wernicke. Besonderen Fokus auf das Verhalten der SED-Bezirksleitung Schwerin legt Klaus Schwabe in seiner 1999 erschienenen Darstellung Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR. Eine weitere lohnenswerte Veröffentlichung stammt von dem Greifswalder Pfarrer und späterem Bürgermeister Reinhard Glöckner, der seine Wendeerinnerungen unter dem Titel Die 'Wende' in Greifswald aus meinem Erleben und aus meiner Sicht bereits 1993 niedergeschrieben hat. Als Rostocker Titel sind zu erwähnen: Schmidtbauer, B.: Tage, die die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990 (Dokumente des Rostocker Umbruchs, Band 1), Rostock 1991 oder Richter, I. (Hg.): Die Wende in Rostock. Zeitzeugen erinnern sich, Rostock 1999 oder der Interviewband Höser, S./Scherer, R.: Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie. Rostocker Protestanten im Herbst 1989 (Talheimer Sammlung kritisches Wissen, Bd. 27), Mössingen-Talheim 2000.

[26] Zum Beispiel: Schoon, S.: Wählerverhalten und politische Tradition in Mecklenburg und Vorpommern (1871–2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 151), Düsseldorf 2007.

gegenüber der geringen Anzahl thematisch relevanter Arbeiten auch ein inhaltlicher Einspruch erhoben werden: Sie schreiben den paradigmatischen Entstehungshintergrund der vier kleinen Blockparteien bis in die Wendezeit und zu deren Transformation relativ undifferenziert fort und nehmen nach wie vor die zu allgemeine Trennung zwischen den vermeintlich konformeren und oppositionelleren Blockparteien vor.

Einzelne (auto-)biographische Schriften wie die Manfred Gerlachs, des ehemaligen DBD-Umweltministers Reichelt oder die des damaligen LDP(D)-Vorstandsmitglieds Manfred Bogisch illustrieren persönliche Erfahrungen und stehen unter einem Rechtfertigungs- und Legitimierungszwang, beziehungsweise werden dessen verdächtigt.[27]

Die vorliegende Studie verbindet politikgeschichtliche und sozialgeschichtliche Aspekte miteinander und versucht, damit der Komplexität des Lebens in der DDR Rechnung zu tragen. Am Beispiel der Blockparteien zeigt sie auf, wie die Herrschaft der SED wahrgenommen wurde und welchen Wechselwirkungen mit den Bürgern sie unterlag. Erst die Kombination beider Disziplinen kann eine Erklärung dafür liefern, warum die DDR über 40 Jahre ihres Bestehens von einer breiten Masse der Bevölkerung mitgetragen- und gestaltet worden ist, obwohl sie von ihren Bürgern einerseits sowohl als totalitärer Überwachungsstaat als auch als Sozialstaat mit begrenztem Wohlstandsversprechen und Partizipationsmöglichkeiten erlebt werden konnte. Unter dem Begriff der „partizipatorischen Diktatur" subsummiert Mary Fulbrook das Paradox, dass es in der DDR trotz fehlender innerer Legitimation und eines repressiven Machtapparates einen internen Konsens gegeben hat. Das System der DDR baute darauf auf, dass es gerade durch das Agieren und Interagieren einer großen Mehrheit der Bevölkerung aufrechterhalten wurde.[28]

In einschlägigen Überblickswerken zur Wendezeit und zur Vereinigung beider deutscher Staaten macht die Rolle der Blockparteien nur ein Randthema aus. Betrachtungen zu den Blockparteien in den einzelnen Bezirken gibt es nicht. Ebenso fehlen transnationale Darstellungen zum Ende der Blockparteien, die die Entwicklung der bulgarischen, tschechoslowakischen und polnischen Parteienlandschaften einbezieht. Auch das

---

27 Gerlach, M.: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991, Reichelt, H.: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der DBD, Berlin 1997 oder Bogisch, M.: Illusionen. Enttäuschungen. Vereinnahmungen. Zur Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990 (Hefte zur DDR-Geschichte, Heft 96), Berlin 2005.

28 Für diese Widersprüchlichkeit hat Mary Fulbrook den passenden Begriff der „partizipatorischen Diktatur" geprägt. Vgl. ebd., S. 28.

Verhältnis von SED und Blockparteien auf Bezirks- und Kreisebene und die genauen Anleitungsstrukturen warten noch auf ihre Untersuchung. Dass die Eröffnung des Bestandes der ZK-Abteilung Befreundete Parteien für die Jahre 1986 bis 1989 neue Erkenntnisse und Überraschungen verspricht, ist gewiss.

Erfreulicherweise hat die Erforschung der Blockparteien in letzter Zeit etwas an Popularität zugenommen. So ist beispielsweise im Jahr 2014 ein mehrjähriges Forschungsprojekt zur LDP(D) am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden ins Leben gerufen worden. Neben mehreren Dissertationsprojekten zur LDP(D), die die Friedrich-Naumann-Stiftung mit Stipendien unterstützt, entsteht auch eine Doktorarbeit über das Geschichtsbewusstsein der NDPD an der Universität Rostock.

1.3. Methodik und Quellenlage

Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR ist die Diskussion über deren Gesellschafts- und Staatsmodell noch nicht abgeschlossen. Die bisher zur Bestimmung des Verhältnisses von Bürgern und Staat genutzten konzeptionellen Begriffspaare *durchherrschte Gesellschaft*[29] und *Grenzen der Diktatur*[30] haben sich als eingeschränkt tragfähig erwiesen: Beide richten den Fokus auf die Differenz zwischen den Herrschaftsansprüchen der Staatsmacht und ihrer praktischen Realisierung. Die Beziehung zwischen DDR-Staat und Gesellschaft war jedoch komplexer: Die gleichzeitige Teilhabe an staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen, etwa die Mitarbeit in Kollektiven, Organisationen oder Betriebsgruppen, war für die meisten Bürger Realität. So auch für die Blockparteimitglieder, die ihrerseits mit gewissen Machtbefugnissen gegenüber Dritten ausgestattet wurden. Sowohl die Vorstellung einer Ausschließlichkeit des Machtmonopols der Staatsführung als der grundsätzlichen Dichotomie Staat/ Gesellschaft sind mittlerweile überholt.[31]

---

29 Vgl. Kocka, J.: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaeble, H./Kocka, J/ Zwahr, H. (Hgg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.

30 Bessel, R./Jessen, R.: Einleitung. Die Grenzen der Diktatur, in: Dies. (Hgg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR Göttingen 1996, S. 7–23.

31 Für die enge Verwobenheit zwischen Bürgern und staatlichen Institutionen fand Mary Fulbrook die passende Metapher einer Bienenwabe. Vgl. Fulbrook, Normales Leben, S. 252–266.

Um diesem Verständnis der DDR-Gesellschaft Rechnung zu tragen und die komplexe und wechselseitige Beziehung zwischen staatlichen Strukturen und der Gesellschaft zu erfassen, ist die Dissertation methodisch an der erweiterten Sozialgeschichte[32] orientiert. Denn diese betrachtet die alltagsgeschichtliche Mikro- und die strukturelle Makroebene nicht als gesonderte Sphären, sondern untersucht dezidiert die Wechselbeziehungen zwischen beiden. Nur durch das In-Beziehung-Setzen von individuellen Erfahrungen und übergeordneten Strukturen können wechselseitige Einflüsse zwischen Personen und Institutionen mit unterschiedlich großen Machtbefugnissen analysiert und somit die Komplexität des Staates DDR partiell erfasst werden.

Dieser methodische Ansatz ist die Grundlage des Paradigmas *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur*, das um die Jahrtausendwende unter Federführung von Thomas Lindenberger am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam konzipiert wurde[33] und sich für die Beantwortung der Fragestellung dieser Studie als ertragreich erwiesen hat. Auf der Makroebene sind die Struktur der SED-Herrschaft und ihr Selbstverständnis der Bezugsrahmen, in dem die Reaktionen der Blockparteimitglieder auf externe und systemimmanente Einflüsse zum Tragen kommen und dadurch wiederum Gegenreaktionen der Staatsmacht evozieren.

Die strukturorientierte Analyse von Herrschaft ist nicht ohne die Frage nach dem individuellen Eigen-Sinn auf der Mikroebene zu denken. Dieser *Eigen-Sinn* wird bei Lindenberger verstanden als persönliche oder kollektive Sinnzuschreibung und Deutung als Reaktionen auf Herrschaft, die von überzeugtem Idealismus bis hin zu offenem Widerstand reichen kann. Die Varianten zwischen diesen Extremen sind wiederum nicht losgelöst von herrschaftlich-strukturellen Fragestellungen zu fassen.[34] So ist der Sinn, den die Angehörigen der Blockparteien in ihrer Mitgliedschaft sahen, auch – aber nicht ausschließlich – in den Strukturen des politischen Systems der DDR zu suchen. Dem Umstand, dass auch die individuellen Sinnzuschreibungen von der anerzogenen SED-Ideologie geprägt worden sein können, trägt sowohl das Konzept des ZZF als auch diese Arbeit Rechnung.

---

32 Conze, W.: Sozialgeschichte in der Erweiterung, in: Neue politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft, Bd. 19 (1974), S. 501–508.

33 Vgl. Einleitung in Lindenberger, T. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Herrschaft und Erfahrungsdimensionen, Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–43.

34 Vgl. Lindenberger, Herrschaft und Eigen-Sinn, S. 23.

Konkret stehen sich also die Instrumentalisierung eines Mehrparteiensystems durch die SED-Führung und das überwiegend aufrichtige Engagement der Blockparteimitglieder in den späten 80er Jahren für die Reformierung des DDR-Staatssozialismus gegenüber.

Wie Herrschaft und Eigen-Sinn in den letzten fünf Jahren der DDR miteinander verknüpft waren, beantwortet diese Arbeit partiell am Beispiel der Blockparteien des Bezirks Rostock und ihrer Mitglieder. Damit leistet sie einen Beitrag zur weiteren Erschließung und Beschreibung der verschiedenen Konstellationen von Wirklichkeit und Möglichkeit in der DDR. Die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der Inszenierung der Bündnispolitik durch die SED-Führung und dem Engagement der Mitglieder aller Parteien ermöglicht einen tiefen Einblick in die Ausprägungen und Mechanismen eines autoritären Regimes. Die Erkenntnis, wie weit gerade die vermeintliche Eigenständigkeit und systemloyale Kritik der Blockparteien inszeniert und politisch gewollt war, eröffnet ein neues Verständnis für die Instrumentalisierung und Manipulation der DDR-Bürger durch die SED.

Ein großer Teil der Bevölkerung und der Blockparteimitglieder hat den Herrschaftsanspruch der SED jedoch als Mittel zur Entwicklung und Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaft verstanden und sich in diesem Sinne an der Gestaltung ihres Staates beteiligen wollten.[35] Auch die Funktionäre an der Basis versuchten oft aufrichtig, die Anliegen der Bevölkerung zu vertreten, wenn auch mit stark begrenzten Mitteln. Sich in den staatlichen Strukturen kritisch zu äußern war grundsätzlich möglich und wurde in Grenzen auch als nötig angesehen, um die DDR weiterzuentwickeln. Als im Zuge der wirtschaftlichen Krise des Ostblocks ab der Mitte der 80er Jahre jedoch die Probleme größer und die Handlungs- und Diskussionsfähigkeit der SED kleiner wurde, begann der unsichere Konsens aufzubrechen.[36] Die gemeinsame Reformierung der DDR mit der SED war bis in den Herbst 1989 hinein das Ziel der Mehrheit der Blockparteimitglieder und vieler Bürger. Nur die Anerkennung dieser Prämisse macht eine objektive und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte möglich.

Als Grundlage dieser Untersuchung diente hauptsächlich der umfang-

---

35 So auch Fulbrook, Normales Leben, S. 30f. Zur Selbst-Legitimierung der SED-Herrschaft siehe Sabrow, M.: Macht und Herrschaft, in: Schultz, H./Wagener, H.-J. (Hgg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Berlin 2007, S. 28–48.

36 Vgl. Fulbrook, Normales Leben, S. 259, S. 268–270 und S. 284.

reiche Quellenkorpus der jeweils 14 bzw. 10[37] Rostocker Kreis- und der vier Bezirksverbände der CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD, die zwar weitgehend archivalisch erschlossen, aber bisher kaum wissenschaftlich ausgewertet wurden.

Die Untersuchung der Beziehungen zur SED, dem Kristallisationspunkt und zentralen Regulativ der sozialistischen Demokratie, war unerlässlich, um den Grad der Eigenständigkeit der Blockparteien beurteilen zu können. Daher hat sich auch die Einsichtnahme in den Bestand der BStU und der SED-Bezirksleitung Rostock in der SAPMO als zielführend erwiesen. Dabei ergaben sich jedoch nicht nur persönlichkeitsrechtliche Schwierigkeiten, sondern auch archivalische. So ist beispielsweise der SAPMO-Bestand der ZK Abteilung Befreundete Parteien ab dem Jahr 1986 noch nicht für die Nutzung freigegeben. Die Anleitungstätigkeit durch die SED-Organe im Untersuchungszeitraum wird leider erst nach Abgabe dieser Arbeit analysiert werden können.[38]

Für die bisher wenig erforschten Parteien DBD und NDPD hat sich auch die zusätzliche Analyse der Hinterlassenschaften der zentralen Parteiebene als notwendig erwiesen, da eine Abbildung der Entwicklung des Bezirksverbandes ohne Kenntnis über die der Parteiführung methodisch schwierig und inhaltlich nur wenig brauchbar wäre. Untersuchungen der zentralen Parteiebenen von CDU(D) und LDP(D) in den letzten Monaten der DDR liegen dagegen vor und wurden zur Anfertigung dieser Arbeit genutzt.[39]

Für diese Untersuchung wurden die Quellenfundi der Rostocker Blockparteikreisverbände

- im Greifswalder Landesarchiv (NDPD),
- SAPMO im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (DBD und NDPD),
- im Archiv des Liberalismus in Gummersbach (LDP(D)),
- im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (CDU(D)) in Sankt Augustin sowie
- die Akten der Rostocker Staatssicherheit und der Kreisdienststellen in der BStU,

---

37 Territorial gesehen, bestand der Bezirk aus 14 Kreisen. Jedoch hatte nicht jede Blockpartei in jedem Kreis einen eigenen Kreisverband. Die DBD unterhielt keine Parteigliederungen in den vier Landkreisen des Bezirkes.

38 Nach Aussage der zuständigen Archivarin vom 12.3.2014 ist der Beginn der Erschließung des Materials erst für das Jahr 2015 geplant. Die wissenschaftliche Nutzbarkeit wäre demnach nicht vor dem Jahr 2017 zu erwarten.

39 Siehe Literaturverzeichnis im Anhang.

- die Akten der SED-Bezirksleitung Rostock und
- der ZK Abteilung Befreundete Parteien[40]

in der SAPMO gesichtet und ausgewertet.[41] Dabei dienten die MfS-Akten als inhaltliches Korrektiv und kontrastierende Ergänzung zu den Parteiakten.[42]

Die Einschätzung Abrokats, die Blockparteien hätten *„keine Unterlagen zu den Ereignissen von 1989/1990"*[43] hinterlassen, trifft zumindest für die Rostocker Blockparteien nicht zu. Richtig ist, dass die Kreisverbände in den chaotischen Wende- und Vereinigungsmonaten zwar weniger Schriftgut produziert und/oder möglicherweise auch Material vernichtet haben. Die Archivalien der Kreisverbände und des Rostocker Bezirksvorstandes sind für die verschiedenen Parteien weder quantitativ und qualitativ gleichwertig, noch vollständig überliefert. Aber es gibt Archivalien: Für diese Arbeit wurden ca. 1.000 bereits archivalisch aufbereitete Akten ausgewertet.

Als besonders ertragreich haben sich die Informationsberichte der Kreise an ihren Bezirksverband und die der Bezirksverbände an die jeweiligen

---

40 Gemeint sind hier die Akten bis 1986.

41 Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und deren Parteien wurden die Quellenbestände der Blockparteien in die Parteiarchive der westdeutschen Schwesterparteien umgelagert. Die Entscheidung über die Zugriffsrechte wurde der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung übergeben. Ein Bearbeiten der Quellenbestände für Nicht-Partei–mitglieder war damit unmöglich. Erst der Erlass eines neuen Archivgesetzes im Jahr 1991 und die Schaffung der SAPMO regelten den freien Zugang für Zeithistoriker und andere Wissenschaftler. Siehe: Schmidt, U.: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 81), Opladen 1997, S. 20.

42 Zum nahezu quellenkritischen Vorgehen des MfS und der Authentizitätszuschreibung durch das Ministerium siehe folgenden Sammelband, im Besonderen aber den Beitrag: Engelmann, R.: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Ders./Henke, K.-D. (Hgg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd.1), Berlin 1995², S. 23–39. Zum Authentizitätsgrad dienstlicher DDR-Akten siehe Gieseke, J.: Im Dschungel der Parteilichkeit – Amtliche Quellen und die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Diktatur, Eröffnungsvortrag auf der Tagung Von dienstlichen Dokumenten zu Quellen historischer Forschung. Interdisziplinärer Workshop zur Quellenkritik und Dokumentenanalyse, Bielefeld 16.–17.1.2014.

43 Abrokat, Politischer Umbruch, S. 48.

Führungsgremien erwiesen. Sie liefern neben den Direktinformationen aus den Kreisen auch Einblicke in die Kommunikationsstrukturen und die Hierarchien der Parteien. Die Quellendichte nimmt mit Lockerung der Berichterstattungsstrukturen im November 1989 deutlich ab. Ab Februar 1990 gibt es einen zweiten Einbruch. Dieser ist vermutlich durch die beginnende Auflösung der unteren Parteigliederungen begründet. Abgesehen von wenigen Hinterlassenschaften einzelner Kreise gibt es von den neu gegründeten Landes- und Bezirksverbänden bis zum Herbst 1990 leider so gut wie keine Unterlagen,[44] sodass sich nur ein grobes Bild der Erneuerung an der unteren Führungsebene und von der Situation im Jahr 1990 nachzeichnen lässt.

Die archivalischen Hinterlassenschaften der CDU(D) werden von der Konrad-Adenauer-Stiftung aufbewahrt und deren Auswertung durch interne und externe Wissenschaftler ermöglicht. In großem Umfang sind die Parteiarchivalien aller Gliederungen bis zum Ende des Jahres 1989 überliefert. Der im Jahr 1990 geschaffene CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat dagegen kein relevantes Material hinterlassen.

Der NDPD-Bestand in der SAPMO war auch im Jahr 2013 nur vorläufig bearbeitet und durchgehend unfoliiert. Über die elf Kreisverbände sind nur sehr ungleiche Mengen an Informationen überliefert. Großen Gewinn stellten die halbjährigen Direktinformationen[45] der jeweils ausgewählten Kreisverbände und die Auswertungen und Zusammenfassungen der Schulungs- und Lehrgangsberichte dar.[46]

Aufgrund der Berichterstattungsstruktur innerhalb der DBD ist im Vergleich zu den anderen Parteien nur ein geringerer Anteil Quellenmaterial der Orts-, Wohngruppen und Kreisverbände angefertigt worden. Die Hinterlassenschaften der Bauernpartei wurden ebenfalls von der SAPMO zur Nutzung bereitgestellt.

---

44 Es existieren zwar Darstellungen über die Entwicklung des jungen CDU-Landesverbandes im Jahr 1990, diese sind aber fehlerhaft und beruhen lediglich auf der Auswertung des *Demokraten*. Daher werden sie als unzureichend eingeschätzt. So auch Hennecke, J.: Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 15–65.

45 Jeweils halbjährig-wechselnd war jeweils ein Kreisverband (im Fußnotenapparat abgekürzt als KV) pro Bezirksverband (im Fußnotenapparat abgekürzt als BV) als Direktinformant tätig, d.h., dass dieser vierzehntätig Informationsberichte direkt an das Sekretariat des Hauptausschusses gesendet hat. Für den BV Rostock waren das für den weiteren Untersuchungszeitraum Bad Doberan im 1. und Stralsund im 2. Halbjahr 1987, Wismar im 1. und Grevesmühlen im 2. Halbjahr 1988, Ribnitz-Damgarten im 1. und Grimmen im 2. Halbjahr 1989.

46 Der Frage nach dem tatsächlichen Aussagegehalt dieser Quellen behandelt insbesondere Kapitel *4.1. Parteikommunikation*.

Der LDP(D)-Bestand befindet sich im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung und weist die größten Lücken in der Überlieferung auf: Zum Teil fehlen die monatlichen Berichte einzelner Kreise über mehrere Halbjahre.

Die Beantwortung der Frage nach dem kritischen Potential in den Blockparteien erfordert eine weitere methodische Anmerkung: Obwohl auch die Quantität von kritischen Aussagen in den Parteien zur Beurteilung von deren Unruhepotential und der Parteikultur herangezogen und thematisiert wird, beziehen sich meine Ausführungen auf die kritische und nonkonforme Essenz des gesamten Materials: Die Fragen, welche kritischen Äußerungen zu welchem Zeitpunkt überhaupt möglich waren und wie die einzelnen Parteigliederungen mit abweichenden Meinungen umgegangen sind, stehen im Vordergrund. Grundsätzlich wird angenommen, dass das kritische Potential an der Basis aller Parteien größer war als dessen schriftlicher Niederschlag in den Quellen. Sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, sind die zitierten Äußerungen nicht repräsentativ für den Tenor des gesamten Quellenkorpus. Die Aussagen über Mitglieder, die sich nicht aktiv am Parteileben beteiligt haben, können nur sehr allgemeiner oder statistischer Art sein. Daher bezieht sich der größte Teil dieser Untersuchung auf die aktiven Parteimitglieder, die dementsprechend den größten Quellenniederschlag fanden.

1.4. Untersuchungsgebiet

Die Fokussierung auf einen Bezirk ermöglicht die Untersuchung eines strukturell geschlossenen Bereiches, der gleichzeitig über teilautonome administrative und politische Instanzen verfügt. Zudem lässt sich im Bezirksmaßstab auch das Miteinander der verschiedenen Parteiebenen (Parteiführung, Bezirksverband, Kreisverbände, Ortsgruppen) aufzeigen und gibt eine natürliche Eingrenzung des immensen Quellenfundus vor. Die regionalgeschichtliche Perspektive lässt der Untersuchung genügend Tiefe und Breite, um zu verallgemeinernde Aussagen treffen und daraus Schlussfolgerungen für das Verhalten der Blockparteien insgesamt ableiten zu können.

Der Bezirk Rostock ist für die Fragestellung dieser Arbeit besonders interessant: Er war einzige Bezirk der DDR, der an zwei verschiedene Staaten angrenzte: Im Osten an Polen und den sogenannten Ostblock und im Westen an die BRD und damit an den „imperialistischen Gegner“. Durch dieses Spezifikum lässt sich der direkte Vergleich der unmit-

telbaren Einflüsse beider Systeme auf eine teilautonome Region der DDR untersuchen.[47]

Als ein weiteres Spezifikum der Nordbezirke, und damit auch Rostocks, wird häufig die eigene Mentalität angeführt, die sich vermeintlich in dem späteren aktiven Eingreifen in die revolutionären Ereignissen erkennen lässt. Dafür seien die Aktionen des Wendeherbstes hier weitgehend ohne Gewaltanwendung verlaufen.[48] Inwiefern dieses Urteil zutrifft und ob sich das distanzierte Verhältnis zu den Geschehnissen auf den Straßen im Süden der Republik auch in den Bezirks- und Kreisleitungen der Blockparteien widerspiegelt, soll hier diskutiert werden.

Wie die übrigen 14 Bezirke wurde der ehemalige Bezirk Rostock im Zuge der Verwaltungsreform im Juli 1952 gebildet. Sicherheitspolitische Überlegungen gaben den Ausschlag für den territorialen Zuschnitt des Küstenbezirks.[49] Die Beseitigung der bis dato vorherrschenden Länderstruktur wurde als Grundlage für den proklamierten Aufbau des Sozialismus und das angestrebte zentralistische Staatswesen angesehen:[50] Der Zusammenschnitt der neuen Verwaltungseinheiten teilte das Land Mecklenburg in drei Bezirke auf: Der neue Bezirk Rostock machte – abgesehen von einem Teil der Küstenlinie des Stettiner Haffs, das zum Bezirk Neubrandenburg gehörte – den gesamten Küstenabschnitt der DDR von der schleswig-holsteinischen bis zur polnischen Grenze aus. Damit umfasste er eine Fläche von 7.075 km², die in 14 politische Verwaltungseinheiten gegliedert war: vier Stadtkreise (Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald) und zehn Landkreise (Rostock-Land, Wismar-Land, Stralsund-Land, Greifswald-Land, Bad Doberan, Grevesmühlen, Grimmen, Ribnitz-Damgarten, Wolgast und Rügen).

Ende des Jahres 1989 wurde der Bezirk von 916.550 Bürgern bewohnt, was einer Bevölkerungsdichte von 130 Personen pro km² und damit fast dem Landesdurchschnitt entsprach.[51] Damit war Rostock bevölke-

---

47 Auch Teile des Bezirks Karl-Marx-Stadt grenzten an die CSSR und die BRD. Da aber beide Grenzabschnitte nah beieinander lagen und den Kreis Oelsnitz umfassten, lässt sich der jeweilige Systemeinfluss hier nur schwer separieren.

48 So auch Langer, Ihr sollt wissen, S. 24.

49 So umfasst der Bezirk Rostock nicht nur alle wichtigen Hafen- und Seestädte der DDR, sondern fasst auch die Organe der Seepolizei in einer Verwaltungsstelle zusammen. Siehe: Niemann, M.: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007, S. 36.

50 Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 25.

51 Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD, 4.132/36, Bl. 3. Verglichen mit den beiden anderen Nordbezirken war die Rostocker Bevölkerungsdichte fast

rungsmäßig der acht- und flächenmäßig der neunt-größte Bezirk der DDR. Von den Bewohnern des Rostocker Bezirks waren 21 % Mitglieder der SED, auf die Blockparteien entfielen zusammen etwa 3,1 %.[52] Langer hat ermittelt, dass sich ein größerer Teil der Bewohner des Nordens in staatlichen Institutionen engagierte als im Süden der DDR, die Nähe zum SED-Staat in den Nordbezirken also rein statistisch gesehen größer war.[53] Ein Erklärungsansatz dafür könnte in einer langanhaltenden Loyalität der ehemals privilegierten Neubauern im Zuge der Bodenreform gesehen werden.[54] Neben der namensgebenden Bezirkshauptstadt Rostock (253.000 Einwohner Ende 1989) waren die Hansestädte Wismar (58.000 Einwohner Ende 1989), Stralsund (75.000 Einwohner Ende 1989) und Greifswald (69.000 Einwohner Ende 1989) als kreisfreie Städte die urbanen Zentren. Darüber hinaus waren Rostock und Greifswald auch Universitätsstädte.

---

doppelt so groß, was mit der dichteren Besiedelung der Küstenregion zu erklären ist.

52 Eigene Berechnung anhand der Zahlen im Anhang. DDR-weit hatten alle Blockparteien zusammen etwa 480.000 Mitglieder. Dies entspricht einem Prozentsatz von etwa 2,9 %. Der SED-Bezirksverband wies dagegen im Jahr 1987 120.000 Mitglieder aus. Referat des 1. Bezirkssekretärs Ernst Timm auf der Sitzung der SED-Bezirksleitung am 17.2.1987, SAPMO BArch, DY 30/32614, S. 2a. Eine Übersicht über die Stärke der SED-Kreisverbände befindet sich auch im Anhang.

53 Vgl. Langer, Ihr sollt wissen, S. 28.

54 Zum sozialen Aufstieg der Neubauern und deren Eintreten in die SED siehe: Dowidat, C.: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR (1945-1952), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 497–544, hier S. 503–505 und Bauer, T.: Blockpartei und Agrarrevolution von oben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), München 2009, S. 55f.

2. Historische Einordnung

Das Ziel dieses einführenden Kapitels ist es, den Status quo ante der Blockparteien in groben Zügen darzustellen. Dabei werden die „bürgerlichen" und die SED-initiierten Parteien wegen ihrer strukturellen und entstehungsgeschichtlichen Verwandtschaft jeweils gemeinsam behandelt. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Entstehung und Entwicklung der Blockparteien, ihrem Verhältnis zur SED und die Rolle und Funktion der Parteien innerhalb des Staatsapparates. Anschließend werden die Spezifika der Parteien erläutert, bevor auf die Positionierung der zentralen Parteiebenen in der Wendezeit eingegangen wird.

2.1. Ideologischer Hintergrund der Bündnispolitik im Sozialismus

Um die Entstehung und die Funktion der Blockparteien in der DDR verstehen und richtig in das Herrschafts-, Politik- und Selbstverständnis der SED einordnen zu können, müssen vorab einige weltanschauliche Prämissen umrissen werden.

Dem Verständnis Marx´, Engels und Lenins zufolge war das Proletariat Vollstrecker notwendiger, gesetzmäßiger gesellschaftlicher Prozesse. Es war historisch dazu prädestiniert, den Klassenkampf zu führen, die politische Macht zu erobern, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen und in den Kommunismus hinüberzugeleiten.[55] Die Mehrheit der Werktätigen sollte die Herrschaft der Bourgeoisie durch die Okkupation der Staatsmacht überwinden und in einer Übergangsphase über die Beharrungskräfte der alten Ordnung herrschen.[56] Angeführt von einer Partei[57], die sich aus der Avantgarde der Werktätigen zusam-

---

55 Kurek, Die VdgB, S. 8.

56 Vgl. Lenin, W. I.: Staat und Revolution, in: Ders.: Werke Bd. 25, Berlin (Ost) 1960, S. 473–478 und Marx, K. /Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke (kurz: MEW) Bd. 4, Berlin (Ost), S. 481f. und Engels, F.: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, Berlin (Ost) 1964, S. 370–374 und Beyer, H.: Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, Berlin (Ost) 1969, S. 22–26.

57 Unter dem Begriff Partei wurde im Sozialismus eine organisierte politische Vereinigung aktiver Vertreter einer Klasse verstanden, *„die deren Klasseninteressen in Form politischer Programme formulieren, sie ideologisch begründen und den politischen Kampf der betreffenden Klasse organisatorisch leiten"*. Ob in einem sozialistischen Staat mehrere Parteien vorkommen, hinge unter anderem von den konkreten Bedingungen, von Verhältnis der Klassenkräfte, und von den historischen Traditionen ab. In jedem Fall ist die marxistisch-leninistische Partei im

mensetzen, mit dem Marxismus-Leninismus die objektiv richtige Weltanschauung besitzen und daher die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung verstehen sollte,[58] würde nach dieser Phase des Übergangs eine klassenlose Gesellschaft entstehen.[59]

Marx, Engels und auch Lenin waren sich einig, dass Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission sowohl zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals als auch während der Übergangsphase auf nichtproletarische Verbündete angewiesen sei: die Bauern, der Mittelstand und die Gruppe der Intelligenz und Angestellten.[60]

Dass diese freiwillig in einem Bündnis mitwirken würden, stand aufgrund der vorausgesetzten Interessenidentität zwischen Proletariern und ihren potentiellen Verbündeten, die aus der gemeinsamen Erfahrung der Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital entstanden ist, außer Frage: Da die Mehrheit der Bevölkerung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zufolge unter dem „*Joch des Kapitalismus*" leide, gehe die Befreiung der Arbeiterklasse mit der Befreiung der gesamten Gesellschaft einher.[61]

Auch nach der Errichtung der neuen Ordnung bestünde die Interessenidentität fort: Obwohl die Klassen Arbeiter, Bauer und Mittelstand durch die Beibehaltung mehrerer Eigentumsformen und der daraus resultierenden unterschiedlichen Beziehungen der Menschen zu den Produktionsmitteln in der ersten Phase des Kommunismus weiterhin existieren würden, könne der Klassenantagonismus aufgelöst werden:

System der politischen Beziehungen für führende Kraft, da sie die Arbeiterklasse und „*die anderen im Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten*" in einem Bündnis zur Erfüllung ihrer historischen Mission befähigt. Eintrag „Partei" in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1967, S. 481–482.

58 Vgl. Marx/Engels, Manifest, S. 474 und Lenin, W. I.: Was tun?, in: Ders.: Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 380.

59 Siehe dazu ausführlich W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Ders.: Werke, Bd. 25, Berlin (Ost) 1960, S. 393–507 oder Beyer, Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, S. 17.

60 Vgl. Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: MEW, Bd. 7, Berlin (Ost), 1960, S. 21, Lenin, W. I.: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1966, S. 141–143 und Grambke, H.: Im Bündnis auf bewährtem Wege, Berlin (Ost) 1972, S. 19.

61 Vgl. Marx, K.: Vorwort zum „Manifest der Kommunistischen Partei" (deutsche Ausgabe von 1893, in: MEW, Bd. 21, Berlin (Ost) 1964, S. 3, Lenin, W. I.: Was sind die „Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie?, in: Ders.: Werke, Bd. 1, Berlin (Ost), 1968, S. 302–303.

Da die Klassen als Ganzes Eigentümer ihrer Produktionsmittel seien, wären die Interessen der Arbeiter identisch mit denen der anderen Gesellschaftsgruppen.[62]

Die Partei der Arbeiterklasse, im Fall der DDR die KPD / später SED, führe nicht nur das Proletariat an, sondern nach dem Umsturz auch dessen nichtproletarische Verbündete. Wegen der Zielharmonie würden diese den Führungsanspruch auch freiwillig anerkennen.[63] Partikularinteressen gebe es aufgrund des vorläufigen Fortbestandes der Klassen und Schichten in der Übergangsphase aber dennoch. Daher sei es nötig, die zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse „schwankenden" Bündnispartner mittels Erziehung als Verbündete zu erhalten.[64] Besonders schwierig sei dieser Erziehungsprozess wegen deren enger Verbundenheit mit Haus und Hof bei den Bauern.[65] Zur Sicherung des Bündnisses könne die Partei der Arbeiterklasse ihrerseits die Einzelinteressen der Bündnispartner in ihre Politik einbeziehen, sofern diese ideologisch mit dem Fernziel einer klassenlosen Gesellschaft vereinbar sind.[66]

Kennzeichen des einvernehmlichen Bündnisses waren den Theoretikern zufolge eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik und die Einhaltung des Gebots von Einheit und Vielfalt, das die Bündnispartner zu legitimen und eigenständigen Vertretern von Sonderinteressen ihrer Klientel machen sollte.[67]

---

62 Vgl. Beyer, Arbeiterklasse, Partei, Bündnispolitik, S. 31–35 und S. 43.

63 Vgl. Marx/Engels, Manifest, S. 474, Engels, F.: Die Klassenkämpfe in Frankreich, S. 87f., Lenin, W. I.: Was sind die „Volksfreunde"… ?, S. 303f.

64 Vgl. Lenin, W. I.: Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Ders.: Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1969, S. 100.

65 Vgl. Marx, K./Engels, F.: Die Bauernfrage in Deutschland und Frankreich, in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 499f. oder Lenin, Ökonomie und Politik, S. 100.

66 Vgl. z. B. Pfretzschner, R./Schneider, K.: Aktuelle Probleme des Zusammenwirkens von befreundeten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der SED, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Institut für Staats- und Rechtstheorie (Hg.): Die gesellschaftlichen Organisationen im politischen System des Sozialismus; Materialien des internationalen Symposiums am 26. Mai 1982 in Potsdam Babelsberg, Potsdam 1982, S. 120.

67 Vgl. z. B. Bärwald, H.: Die Blockpolitik der SED und ihre Weiterführung nach dem VII. Parteitag – Schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der bündnispolitischen Erfahrungen der KPdSU, in: Barthel, H.: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozess, Berlin (Ost) 1978, S. 302.

Die SED hielt an den Grundzügen der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik fest, gestaltete sie aber nach den politischen Gegebenheiten. Der Demokratische Block war die Institution, in der die SED gemeinsam mit den vier Blockparteien agierte. Hier sollte die Konzeption der SED-Politik auf zentraler, bezirklicher und Kreisebene abgestimmt werden, in realiter wurde sie aber vielmehr nur vorgestellt.[68] In Phasen, in denen die Überwindung des Klassenkampfes Priorität hatte, wurde das Bündnis als weniger bedeutsam eingeschätzt, da die Blockparteien in einer klassenlosen Gesellschaft ohnehin obsolet werden würden. Seit dem Beginn der 80er Jahre schlug die SED im Zuge der Aufgabe des Klassenfusionsziels und der Anerkennung der Sozialismus als entwickelte Gesellschaftsform jedoch einen anderen Weg ein: Das Bekenntnis zum Fortbestand der sozial heterogenen, aber nicht-antagonistischen Gesellschaft war mit einer „*langfristigen Perspektive*" für die Blockparteien verbunden.[69] Nun wurde vermehrt die Eigenständigkeit der Bündnispartner betont und deren Spezialinteressen als Bestandteil der „*gesellschaftlichen Vorwärtsentwicklung*"[70] legitimiert, sofern sie die Führungsrolle der SED nicht tangierten. Die „*unverwechselbaren eigenständigen Beiträge*" der Blockparteien waren nun ein fester Bestandteil der Bündnispolitik.[71]

Dennoch hegte die SED ein tiefes Misstrauen gegenüber ihren „*abhängigen Dauerverbündeten*" und sah in ihnen potentielle Konkurrenten.[72] Tatsächlichen Eigenständigkeiten wurde vorgebeugt und dafür direkt in Parteifragen eingegriffen, Parteibeschlüsse korrigiert und jedwede Tätigkeit kontrolliert.[73]

Die Erosion der osteuropäischen Gesellschaftsordnungen ab der Mitte der 80er Jahre beförderte das Bedürfnis der SED nach verstärkter staatlicher Integration und führte somit zur Stärkung der Position der Blockparteien, die die Träger der gewünschten Integration waren. Die *„gemeinsame Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft"*[74] durch alle Parteien sollte demonstrieren, dass jede Bevölkerungsgruppe ihren festen Platz im Sozialismus der DDR habe. Damit erfüllte der Aufschwung des institutionellen Lebens auch propagandistische Zwecke,

---

68 Vgl. Kurek, Die VdgB, S. 40.

69 Eintrag „Bündnispolitik" in: Kleines politisches Wörterbuch. Neuausgabe, Berlin 1988, S. 155.

70 Eintrag „Bündnis" in: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977, S. 123–128, hier S. 127.

71 Eintrag „Bündnispolitik" in: Kleines politisches Wörterbuch, S. 155.

72 Suckut, Die DDR-Blockparteien, S. 102.

73 Vgl. ebd., S. 103.

74 Eintrag „Partei" in: Kleines politisches Wörterbuch, S. 736.

indem er eine intakte Interessenvertretung aller verfassungskonformen gesellschaftlichen Anliegen präsentierte.[75] Die unterschiedlichen Zielgruppen und Milieuprägungen der Blockparteien waren im Sinne der Bündnispolitik im Sozialismus seit ihrer Entstehung festgeschrieben.

2.2. Bündnispolitik von SMAD und KPD/SED in der SBZ

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, am 10. Juni 1945, gewährte die tags zuvor gegründete Sowjetische Militäradministration Deutschland (kurz: SMAD) die Gründung von vier Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, *„die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen"*.[76] Die Parteien sollten *„unter der Kontrolle der SMAD und entsprechend der von ihr gegebenen Instruktionen"*[77] gemeinsam in einem *„Block der kämpferischen Demokratie"*[78] agieren, da die zu leistenden Wideraufbauarbeiten nach dem Krieg die Einbeziehung aller demokratischen Akteure notwendig erscheinen ließ. Innerhalb der nächsten drei Wochen gründeten sich KPD (11. Juni), SPD (15. Juni), die in Berlin von Jakob Kaiser mitgegründete christlich-sozialistische CDU(D) (26. Juni) und die bürgerlich-orientierte LDP(D) am 5. Juli. Zwischen beiden letztgenannten gab es bereits hier Bestrebungen zu einem Zusammenschluss, die aber an der unterschiedlichen Gewichtung des Christlichen scheiterten.[79] Die zeitgleich gegründeten Regionalparteien wurden von der SMAD entweder zum Anschluss an CDU(D), LDP(D), SPD oder KPD oder zur Auflösung gedrängt, um möglichst zentralistische Strukturen zu schaffen.[80] So schufen die Sowjets in Berlin bereits parteistrukturelle Fakten,

---

75 Vgl. Kurek, S. 41.

76 Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Nr. 2, den 10. Juni 1945, Berlin. Zitiert nach: Weber, H.: Zum Transformationsprozess des Parteiensystems in der SEB/DDR. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Ders. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 11–50, hier S. 22.

77 Ebd.

78 Schwabe, K.: Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR, Schwerin 1999, S. 111.

79 Vgl. Suckut, S.: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000, S. 19.

80 Vgl. Weber, Transformationsprozess des Parteiensystems, S. 30.

bevor die Alliierte Militärkommandantur die Kontrolle über die Stadt am 11. Juli 1945 übernahm.

Die vier Parteien der SBZ traten ab Mitte Juli in den *Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien* ein, was die Voraussetzung für deren Lizensierung gewesen ist. In Greifswald und anderen Kreisen schlossen sich die Ortsgruppen noch vor der Blockbildung auf der zentralen Ebene zusammen. Zeitgleich erfolgte der Zusammenschluss auf Landesebene, wenn auch in Mecklenburg-Vorpommern vorerst ohne die LDP(D), da der Landesverband erst im Januar 1946 gegründet wurde.[81] Trotz der formalen Gleichberechtigung führte die gemeinsame ideologische Ausrichtung von SMAD und KPD dazu, dass die KPD eine exponierte Stellung einnahm: Entscheidungen der SMAD wurden vor der Vorlage an alle Parteien mit der KPD besprochen[82] und die KPD fungierte nicht nur als *„Kaderreservoir für die deutschen Institutionen"*, sondern auch als Informationsquelle und Beratungsorgan für die Besatzungsmacht.[83]

Als sich im Vorfeld der Landtagswahl im Oktober 1946 abzeichnete, dass LDP(D) und CDU(D) trotz der geringeren Unterstützung durch die SMAD gemeinsam etwa die Hälfte der Wählerstimmen für sich gewinnen könnten, beschloss die SMAD, die Position der KPD durch die Zusammenführung mit der SPD zu stärken und somit – so die offizielle Erklärung – die Aufspaltung der Arbeiterbewegung nicht ein drittes Mal zuzulassen.[84] Ebenso wie die SMAD verstand es die (Ost-) Berliner SPD-Führung um Otto Grotewohl als Lehre aus dem Niedergang der Weimarer Republik, dass die Einheit der Arbeiterbewegung die Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen sei. Aus diesem Grund und in der Annahme, dass sie selbst hätte die bestimmende Kraft in dem Einheitsbündnis hätte werden können, hatte die SPD bereits vor ihrer Gründung eine einheitliche Arbeiterpartei angeregt. Dies wurde jedoch vom ZK der KPD vorerst abgelehnt.[85] Die Idee hinter der Ablehnung der sofortigen Gründung einer Einheitspartei war es wohl, noch ein wenig Zeit zu gewinnen, bis die KPD ihrerseits organisatorisch, personell und struktu-

---

81 Vgl. Schoon, Wählerverhalten und politische Tradition, S. 84.

82 Vgl. Weber, Transformationsprozess des Parteiensystems, S. 112.

83 Ebd., S. 28.

84 So auch Gerlach, M.: Das Manuskript, das nicht zum Buch werden durfte, Berlin 2010, S. 180.

85 Vgl. Müller, W.: Der Transformationsprozess der SED, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 51–115, hier S. 52f.

rell gefestigt war und so die SPD dominieren konnte. Die Einsicht in eine notwendige Vereinigung mit der KPD wurde innerhalb der SBZ von der Mehrheit der Sozialdemokraten geteilt. Außerhalb der SBZ sahen die Sozialdemokraten dies jedoch mehrheitlich anders.[86] Trotz der prinzipiellen Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde die Durchsetzung der Vereinigung beider Parteien zur SED (Sozialistischen Einheitspartei) im April 1946 unter dem Druck von KPD und SMAD vollzogen. Im Gegenzug zu der Zulassung der SED in den Berliner Westsektoren wurde ab Ende Mai 1946 überraschenderweise wieder das Bestehen einer SPD in Berlin-Ost genehmigt, die bis zu ihrer Auflösung im August 1961 jedoch über keinerlei Partizipationsmöglichkeiten verfügte.[87]

Nach dem formalen Ausscheiden des wichtigsten KPD-Konkurrenten änderte sich das Kräfteverhältnis zwischen sozialistischen und bürgerlicheren Parteien vorerst kaum, wie das Ergebnis der Gemeindewahlen im September 1946 zeigte. Doch faktisch wurde das Machtgefüge im Block bis 1947 in eine strukturelle und politische Dominanz der SED transformiert. Um den Einfluss der SED weiter zu festigen, wurden gegen Dissidenten von CDU(D) und LDP(D) repressive Maßnahmen bis hin zu Verschleppungen und Todesstrafen angewandt.[88] Als weder die Verfolgung von Einzelpersonen noch die politische Agitation eine ausreichend 'domestizierende' Wirkung und eine Minderung des Zuspruchs für beide Parteien in der Bevölkerung bewirkt hatten, ließ die SMAD im Juni 1948 zwei weitere Parteien zu. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) entstanden auf Initiative von SED und SMAD. Sie sollten die Klientel der bürgerlichen Parteien ansprechen, eine weitere Wahloptionen darstellen und gleichzeitig sowohl den eigenen Bürgern als auch den Westmächten demonstrieren, dass in der SBZ ein demokratisches Mehrparteiensystem entstehe.[89]

---

86 Siehe dazu: Schroeder, Der SED-Staat, 2013, S. 38–46.

87 Vgl. Podewin, N.: Blockpolitik, in: Herbst, A./Stephan, G.-R./Winkler, J. (Hgg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 332–345, hier S. 336.

88 Siehe dazu ausführlich: Soldwisch, I.: „…etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei zu dienen." Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1949-1952 (Rostocker Schriften zur Regionalgeschichte, Bd. 1), Berlin 2007.

89 Vgl. Schroeder, K.: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 2000², S. 41 und Bauer, T.: Blockpartei und Agrarrevolution von oben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), München 2009, S. 76f.

Tatsächlich aber festigten die beiden jüngeren Parteien die Herrschaft der SED. Ihre Vorsitzende waren ehemalige SED-Kader mit dem Parteiauftrag, das Gewicht der SED im Block zu stärken. Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 vollzog sich dann endgültig der Übergang von einem Besatzungsregime zu einer Parteiherrschaft der SED. Die stetige Repression der Parteimitglieder durch die SED führte dazu, dass sowohl CDU(D) als auch LDP(D) im Jahr 1952 die Vormachtstellung der SED anerkannten und die Unterwerfung in ihren Parteiprogrammen festschrieben. Damit war die Umgestaltung des politischen Systems der DDR nach stalinistischem Muster abgeschlossen und auch die Zweistaatlichkeit nach dem Ausbleiben einer Reaktion auf die Stalin-Note manifestiert, wodurch die Blockparteien endgültig dem Wohlwollen der SED ausgeliefert waren.[90] Die folgenden Jahrzehnte waren von einer Instabilität des Verhältnisses zwischen SED und den vier kleinen Blockparteien gekennzeichnet, die von inneren und äußeren Faktoren beeinflusst wurde.

2.3. Die bürgerlichen Parteien CDU(D) und LDP(D)

Wider Erwarten entstand im Juni 1945 keine Nachfolgepartei der katholisch geprägten *Zentrumspartei* der Weimarer Republik, sondern die Mehrheit der ehemaligen Zentrumsmitglieder sprach sich für die Gründung einer überkonfessionellen Sammlungspartei aus.[91] Als deren Vertreter gründeten Jakob Kaiser, Andreas Hermes und die ehemaligen DDP-Mitglieder Walther Schreiber und Ernst Lemmer am 26. Juni die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Es war ihr Ziel, *„diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren*.“[92] Ermutigt von dem Vorstoß der Berliner CDU(D) entstanden im Sommer 1945 weitere christliche Parteien, die auf der ersten gesamtdeutschen Delegiertentagung im Dezember 1945 vereint werden sollten. Die Berliner

90 Vgl. Niemetz, D.: Das feldgraue Erbe: Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR (Militärgeschichte der DDR, Bd. 13), Leipzig 2006, S. 91f.

91 Siehe dazu Suckut, S.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 117–178, hier S. 117.

92 Zitiert nach: Fischer, A.: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 9–24, hier S. 10.

Initiatoren waren aufgrund eines Reiseverbots der SMAD jedoch nicht anwesend, sodass das Vereinigungstreffen dazu führte, dass die Abspaltung der CDU(D) der SBZ eingeleitet wurde.[93]

Auch die LDP(D) griff Traditionslinien aus der Zeit der Weimarer Republik auf und wurde als gesamtdeutsche, einzige ausdrücklich nichtsozialistische Partei in der Nachfolge der bürgerlich-liberalen Parteien DDP, DStP und DVP gegründet.[94] Dass es in den frühen Jahren der DDR auch seitens der Wählerschaft eine starke Milieuprägung und Kontinuität zwischen den Weimarer Parteien und LDP(D) und CDU(D) gab, hat Theresia Bauer gezeigt.[95]

Wie auch bei der CDU(D) entstanden verschiedene, voneinander unabhängig agierende Gruppen, die sich als liberal verstanden. Auf der Weimarer Delegiertenkonferenz im Februar 1946 wurden diese als Liberal-Demokratische Partei Deutschlands vereinigt und erkannten die bis dato nicht unumstrittene Berliner Parteiführung an.[96] Die Gründung eines Mecklenburger Landesverbands gelang erst Anfang Januar 1946, obwohl bereits seit September 1945 vereinzelt Ortsgruppen tätig waren.[97] Als einzige der neu entstandenen Parteien verfolgte die LDP(D) eine konsequent antifaschistische Mitgliederpolitik und verpflichtete sich,

---

93 Von den regionalen Strukturen der Gründungszeit der CDU ist bis heute die bayerische Splitterpartei CSU (Christlich Soziale Union) als eigenständige Partei erhalten geblieben.

94 Obwohl nur 5 % der Mitglieder der Anfangsjahre zuvor Anhänger der DDP, DStP oder DVP gewesen sind, prägten sie das Gesicht der Partei. Eines der prominentesten Beispiele ist das Berliner Gründungsmitglied Wilhelm Külz (DDP-Reichsinnenminister in den Kabinetten Luther und Marx und bis 1933 Dresdner Oberbürgermeister). Vgl. Papke, G.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 25–46, hier S. 27.

95 Der Vergleich der Wahlergebnisse (1928 und 1946) der beiden bürgerlichen Blockparteien mit denen ihrer Vorgängerparteien aus der Weimarer Republik zeigt eine große Übereinstimmung der stärkeren und schwächeren Regionen, sodass von einer mentalitätsgeschichtlichen und milieutheoretischen Kontinuität gesprochen werden kann. Vgl. Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution, S. 61.

96 Vgl. Itzerott, B.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 178–213, hier S. 179f.

97 Vgl. Soldwisch, I.: „…etwas für das ganze Volk zu leisten", S. 253.

keine Mitglieder aufzunehmen, die zuvor der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörten.[98]

Eigenständige Politik und „Enthauptung" durch die SED

Noch im Dezember 1945 wurden die **CDU(D)**-Vorsitzenden Schreiber und Hermes wegen politischer Differenzen abgesetzt. Hermes Nachfolger wurde Jakob Kaiser, der ein Vertreter des christlichen Sozialismus und Verfechter einer außenpolitischen Neutralitätspolitik war. SBZ-intern konnte er Erfolge bei der Konsolidierung der CDU(D) und bei der Zusammenarbeit mit der SMAD vorweisen, eine nennenswerte Zusammenarbeit mit der CDU der anderen drei Besatzungszonen fand jedoch nicht statt.[99] Bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 schnitten Union und Liberale mit jeweils 24,5 bzw. 24,6 % annährend gleichgut ab und stellten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg die Mehrheit der Abgeordneten.[100] Auch in den drei übrigen Ländern erreichte die SED nur mit Hilfe der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (kurz: VdgB) die Mehrheit.[101] Das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz machte weitere Rücksichtnahme hinfällig, sodass die SED ihre Dominanz trotz der ernüchternden Wahlergebnisse weiter ausbauen konnte. Als Reaktion darauf definierte Kaiser die CDU(D) auf dem zweiten Parteitag 1947 als *„Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus"* und wurde mit überragender Mehrheit im Amt bestätigt.[102] Auch Kaiser wurde wenig später von der SMAD abgesetzt.[103] Als politisches Erbe Kaisers überlebte das formale Bekenntnis zum christlichen Sozialismus bis Mitte 1951 als Ar-

98 Vgl. ebd.

99 Vgl. Dietze, F.: Entscheidungsstrukturen und –prozesse in der Ost-CDU 1945 – 1952, in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 47–62, hier S. 54.

100 Vgl. Suckut, Wandel, S. 121f. Zum genauen Wahlergebnis siehe: Braun, G.: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ (1946–1950), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 545–562, hier S. 553.

101 Die VdgB war eine ländlich geprägte Massenorganisation, deren Mitglieder zugleich häufig SED-Mitglieder waren. Vgl. Schmeitzner, M.: Abschied vom Westen? Das Problem der Gewaltenteilung in den Verfassungsdebatten der Länder der SBZ (1946/47), in: Brunner, D./Niemann, M. (Hg.): Die DDR – Eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011, S. 103–132, hier S. 109.

102 Suckut, Wandel, S. 123.

103 Vgl. Creuzberger, S.: Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen „Schlüsseldokumenten", in: Richter, M./Rißmann, M. (Hg.): Die Ost-CDU, S. 37–46, hier S. 37.

beitsgrundlage.[104] Der dritte Parteitag vom September 1948 war geprägt von einer starken Einschränkung des Gestaltungsspielraums der CDU(D): Neben der Anerkennung der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse forderte die SMAD auch die Akzeptanz des Wirtschaftsweges der SBZ und die Bekämpfung antisowjetischer Propaganda.[105] Mit Otto Nuschke wurde der von der SED bevorzugte Kandidat zum Parteivorsitzenden gewählt. Sein Ziel war es, der CDU(D) angesichts des 1952 verkündeten *Aufbaus des Sozialismus* gerade durch die inhaltliche Nähe zur SED einen möglichst großen Spielraum zu bewahren und über die Mitarbeit in den Massenorganisationen möglichst große Mitgestaltungseffekte zu erzielen.[106] Unter seinem Vorsitz erreichte die CDU(D) mit 213.000 ihren historischen Mitgliederhöchststand.

Die Anerkennung der Einheitslistenwahl, die Aufgabe eigenständiger wirtschaftspolitischer Forderungen und die Annahme des neuen Parteiprogramms des *Christlichen Realismus* im Jahr 1951 zeigen, dass die Jahre der massiven Behinderung und Repression die Kritiker dieses Kurses in den Reihen der CDU(D) gefügig gemacht haben: *„Von den Ende 1947 amtierenden Landesverbandsvorsitzenden befand sich im Sommer 1950 nur noch einer – Reinhold Lobedanz in Mecklenburg – im Amt. Zwei waren abgesetzt, einer im Zuchthaus und einer auf ungeklärte Weise ums Leben gekommen.“*[107] Insgesamt wurde fast die komplette Führungsschicht der CDU(D) zwischen 1948 und 1952 ausgetauscht, sodass von den 35 Unterzeichnern des Gründungsaufrufs bereits fünf Jahre später nur noch zwei in der DDR waren.[108] Auf dem 6. Parteitag im Oktober 1952 nahm die CDU(D) alle programmatischen Vorgaben der SED in ihr Programm auf, setzte deren Personalforderungen um und entfernte als Symbol ihrer Erneuerung das hintere *D* aus dem Parteinamen. Es war insbesondere Gerald Götting, ab 1949 Generalsekretär und ab 1966 Parteivorsitzender der CDU(D), der die Säuberung der Partei von *„reaktionären Kräften“*[109]

---

104 Vgl. Suckut, Wandel, S. 120.

105 Vgl. Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 56.

106 Begünstigt wurde die Einflussnahme der SED auf die CDU(D) durch die bereits Ende der 40er Jahre einsetzenden parteiinternen Zentralisierungstendenzen, die die unabhängigeren Landesverbände disziplinierte. Vgl. ebd., S. 58.

107 Ebd., S. 59.

108 Vgl. Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR, S. 65.

109 Kiefer, M.: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989, in: Richter, M./Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU, S. 139–158, hier S. 147.

systematisch fortführte, wobei er von Lobedanz und später Wolfgang Heyl[110] unterstützt wurde.

Auch der erste Vorsitzende der **LDP(D)**, Waldemar Koch, wurde noch im Jahr 1945 abgesetzt und durch den früheren Dresdner Bürgermeister Wilhelm Külz ersetzt. Trotz zunehmender Differenzen[111] blieb Külz zwar bis zu seinem Tod im April 1948 Vorsitzender, aber auch sein Nachfolger Herrmann Kastner wurde 1950 auf Bestreben der SED abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen.[112] Bis 1952 unterlag die LDP(D) trotz ihres bestehenden und deutlich artikulierten Behauptungswillens einem personellen, strukturellen und politischen Unterwerfungsprozess, der insbesondere im Jahr 1948 durch eine massive Verhaftungswelle unterstützt wurde. Nur eines der vielen bekannten Beispiele ist die Verschleppung des Rostocker LDP(D)-Jugendreferenten Arno Esch, der im Zuge einer Verhaftungswelle an der Universität Rostock im Jahr 1949 erst in Schwerin zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau hingerichtet wurde.[113]

Entgegen ihrem bürgerlich-mittelständischem Programm hatte die LDP(D) der Bodenreform, der Verstaatlichung der Industrie, der Gründung der DDR, der staatlichen Wirtschaftsplanung, den Wahlen per Einheitslistensystem und dem von der SED proklamierten Aufbau des Sozialismus zugestimmt und die führende Rolle der SED anerkannt. Als äußeres Symbol der Veränderung und als Bekenntnis zum eigenständigen Staat DDR ergänzten die Liberaldemokraten ihren Parteinamen und hieß ab 1951 LDP(D) statt wie zuvor LDP.

Wie auch Götting begann der im Jahr 1954 mit nur 26 Jahren zum Generalsekretär gewählte und spätere LDP(D)-Vorsitzende Manfred Gerlach die Partei nach dem gewaltsamen Umerziehungsprozess durch die SED organisatorisch zu festigen und sie deren Vorstellungen entsprechend umzugestalten.[114]

---

110 Wehrmachts-Oberleutnant Heyl gehörte zu den wenigen, die als ehemaliges NSDAP-Mitglied in der CDU(D) Karriere gemacht haben. So war er fast zwei Jahrzehnte stellvertretender Vorsitzende und 1989 auch kurzzeitig Interims-Vorsitzender. Vgl. Lapp, P. J.: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biographie, Aachen 2011, S. 66.

111 Streitpunkt war z. B. eine Entschädigungszahlung im Zuge der Bodenreform. Vgl. Itzerott, Die LDP(D), S. 180.

112 Vgl. ebd., S. 182.

113 Siehe dazu ausführlich: Köpke, H./Wiese, F.-F.: Mein Vaterland ist die Freiheit: Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997.

114 Vgl. Sommer, LDP(D), S. 288f.

Zwischen innerer Emigration und freiwilliger Unterordnung

Insgesamt waren die 1950er Jahre geprägt von der unfreiwilligen Unterwerfung der **CDU(D)** durch die SED und einem massiven Mitgliederschwund von 213.000 Personen kurz nach der Parteigründung auf lediglich 100.000 im Jahr 1960.[115] Der Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 markierte eine Zäsur im Denken der Mitglieder: *„Nach den Maßnahmen unserer Regierung vom 13.8. ist (…) ein Bewusstseinswandel unter unseren Mitgliedern (…) eingetreten. Diese Mitglieder beschäftigen sich stärker mit der Perspektive des Sozialismus, während in der Vergangenheit vielfach mit dem Westen geliebäugelt wurde."*[116]

Zentrale parteiinterne Konfliktpunkte waren auch über die 60er Jahre hinaus die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die Uneigenständigkeit der CDU(D), das als kritisch eingeschätzte Verhältnis von Christen und Marxisten in der DDR und die wirtschaftlichen Missstände des Sozialismus.[117] Trotzdem schätzte die Parteiführung im Juni 1971 ein, dass die führende Rolle der Arbeiterklasse von den Mitgliedern *„bis auf wenige Ausnahmen"* als *„objektive Notwendigkeit beim Aufbau des Sozialismus"* anerkannt würde.[118] Diese *„wenigen Ausnahmen"* bezifferte die Parteileitung auf etwa 30 – 40 % der Parteimitglieder.[119] Nach dem Amtsantritt Honeckers im Juni 1971 setzte bei der CDU(D) eine Expansionsphase ein, die bis 1989 anhielt und die der CDU(D) im Wendejahr einen Mitgliederstand von 139.700 Personen bescherte. Damit war sie die mitgliederstärkste der vier kleineren Parteien.[120]

Auch das Verhältnis zwischen **LDP(D)** und SED war von dem Spannungsfeld zwischen dem Ringen der SED um mehr Kontrolle und dem Bemühen der Liberaldemokraten um mehr Eigenständigkeit geprägt.[121] Gerlach begann nach der Missachtung der innenpolitischen Verpflichtungen der KSZE-Akte von 1975, sich allmählich von der SED zu emanzipieren und die Demokratisierung von Gesellschaft und Politik zu fordern. Vorerst wurden seine reformerischen Ansichten jedoch nicht veröf-

---

115 Vgl. Kiefer, Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen, S. 153, Bild 1: Mitgliederentwicklung der CDU von 1945 bis 1983.

116 Schreiben der CDU(D)-Parteileitung, *„Einschätzung über die Meinungsbildung in den Schichten des Mittelstandes"* vom 10. November 1961, ACDP 07-011-055.

117 Vgl. Kiefer, Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen, S. 152.

118 Informationsbericht Nr. 11/71 vom 10. Juni 1971, ACDP 07-011-652, zit. n.: Ebd.

119 Ebd.

120 Vgl. Lapp, P. J: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998, S. 21.

121 Vgl. Sommer, LDP(D)), S. 290–294.

fentlicht.[122] In den 1980er Jahren erarbeitete sich die LDP(D) wieder ein eigenständiges Profil, indem sie zwar nicht die grundsätzliche Linie, aber einzelne Teilentscheidungen der SED in Frage stellte.[123] Im Gegensatz zu den anderen Parteivorsitzenden galt Gerlach auch bei der Basis als Garant für einen größtmöglichen politischen Spielraum.[124]

Der konstruktiv-kritische Standpunkt Gerlachs und die gleichzeitige Anerkennung des sozialistischen Gesellschaftssystems brachte der LDP(D) einen Mitgliederzuwachs von 48 % in den Jahren zwischen 1977 und 1988 auf rund 110.000 ein.[125] Ab der zweiten Hälfte der 80´er Jahre galt die LDP(D) als Reformpartei, auf die viele unzufriedene Bürger der DDR ihre Hoffnungen setzten. Warum Gerlach als kritischster Vorsitzender einer Blockpartei gewähren durfte und nicht diszipliniert worden ist, wird noch thematisiert.

2.4. Die SED-Gründungen NDPD und DBD

Im Zuge der veränderten Deutschlandpolitik beschleunigten SED und SMAD ab 1947 das Umsetzungstempo ihrer zentralistischen Bestrebungen. Um CDU(D) und LDP(D) ihren Nimbus als alleinige Vertreter der SED-fernen Bürger zu nehmen und das Kräfteverhältnis im Demokratischen Block zu ihrem Gunsten zu verändern, initiierten SED und SMAD die Gründung zweier neuer Parteien und nahmen zusätzlich die Massenorganisationen KB (Kulturbund), FDGB (Freier deutscher Gewerkschaftsbund), DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschland) und FDJ (Freie Deutsche Jugend) in den Block auf. Der offiziell als NDPD-

---

122 Die Veröffentlichung seines Buches *Wortmeldungen zur Zeitgeschichte. Erkenntnisse und Bekenntnisse eines Liberaldemokraten* wurde 1977 durch den eigenen Parteivorstand verhindert. Siehe dazu: Gerlach, Mitverantwortlich, S. 141–157 und Gerlach, Das Manuskript, 2010.

123 Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 298–301.

124 Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 296. Eine Reaktion der SED auf den Kurs des Parteivorsitzenden war das 1979 erteilte Veröffentlichungsverbot für sein dreibändiges Manuskript „*Wortmeldungen zur Zeitgeschichte*“, in dem Gerlach sich kritisch zur Entwicklung der DDR und der SU äußerte und Missstände wie Armut oder eine tendenziöse Berichterstattung anprangerte. Siehe dazu: Suckut, Die Ost-CDU und LDP(D)), S. 11.

125 Vgl. ebd. Allein in den Jahren zwischen 1986 und 1988 stieg die Mitgliederanzahl von 86.000 auf 110.000. Siehe Bogisch, M.: Die LDP(D)) und die Staatskrise 1989/90 (Forscher und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 87), Berlin 2004, S. 15.

Gründungstag angegebene 25. Mai 1948[126] verschleiert den initiierten Hintergrund der Parteigründung: Bereits Monate zuvor hat die SED die Entstehung der NDPD mit dem inszenierten Aufruf *„Was wir wollen! Ein offenes Wort"* in der eigens zu diesem Zweck gegründeten *Nationalzeitung* forciert.[127]

Das Ziel der mittelständisch geprägten **NDPD** war es, alle national gesinnten, demokratischen Kräfte aus dem Kleinbürgertum zu binden, auf national gesinnte Gruppen in den drei Westzonen im Sinne der staatlichen Einheit einzuwirken und die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Wehrmachtsangehörigen sowie ehemalige, vermeintlich unbelasteten NSDAP-Mitglieder in das neue Gesellschaftssystem zu integrieren.[128] Außerdem sollte sie sowohl das Handwerk als auch den Einzelhandel für staatliche Planung öffnen und ihren Vertretungsanspruch gegenüber CDU(D) und LDP(D) hier deutlich machen.[129] Entsprechend wurde die NDPD als Partei der Angestellten, Handwerker und Beamten konzipiert.

Am 7. September 1948 wurde die NDPD in den Zentralen Block aufgenommen und konnte bewirken, dass die für Herbst 1948 angesetzten Wahlen um ein Jahr verschoben wurden, um Zeit zum Aufbau der eigenen organisatorischen und administrativen Strukturen zu gewinnen. Nach der Aufnahme in den Volksrat (später Volkskammer) war die NDPD Mitglied in der höchsten Volksvertretung und Regierung der DDR, ohne jemals demokratisch legitimiert worden zu sein.[130]

Die Mitgliedergewinnung lief schleppend. Im Oktober 1948, also ein knappes halbes Jahr nach ihrer Gründung, hatte die NDPD in der gesamten DDR nur 1.376 Mitglieder.[131] Dafür waren beispielsweise in

---

126 Vgl. z. B. in der Rede Pommerenkes zum 40. Jahrestag der Partei, Landesarchiv Greifwald, Bestand NDPD 4.132/55, Bl. 12.

127 Siehe dazu: Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschland 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968, S. 42–45.

128 Vgl. Lapp, Blockparteien, S. 298.

129 Vgl. Staritz, D.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Weber, H. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.), Köln 1982, S. 215–239, hier S. 216.

130 Vgl. Staritz, Die NDPD (1968), S. 59–61.

131 Protokoll des NDPD-Sonderparteitags vom 20./21.1.1990, SAPMO BArch, DY 16/3625, S. 75.

Mecklenburg im Jahr 1949 33 % der Mitglieder jünger als 30 Jahre.[132] Nur ein weiteres Jahr später hatte allein der Landesverband Mecklenburg etwa 3.300 Mitglieder.[133]

Die Bündnispolitik der SED war darauf ausgerichtet, die Großgrundbesitzer als ehemalige Wegbereiter des Nationalsozialismus zu entmachten und an deren Stelle die Klein- und Mittelbauern als Hauptbündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen. KPD und auch SED fanden jedoch auf dem konservativ-bäuerlich geprägten Land trotz der durch die Bodenreform begünstigten Neu- und Kleinbauern nur geringen Zuspruch. Offenbar wurde die bereits 1945/46 gegründete *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe* (kurz: VdgB) den politischen Ansprüchen nicht gerecht, da zusätzlich noch eine Bauernpartei den Einfluss der SED auf ländliche Regionen stärken sollte: Ausgehend von der Einberufung des *Landesgründungsausschusses Bauernpartei Mecklenburg* am 29.4.1948 entstand die **DBD** auf Initiative der SMAD.[134] Sie sollte die politische Vertretung der Bauern und verlängerter Arm der SED auf dem Lande werden. Die VdgB fungierte als organisatorische Basis dieses neuen bäuerlichen Zusammenschlusses. So war der erste DBD-Vorsitzende Ernst Goldenbaum zuvor Geschäftsführer der Landtagsfraktion des VdgB im Mecklenburg.[135] Wie auch bei der NDPD übernahmen ehemalige SED-Kader Führungspositionen in der DBD. Beispielsweise war der langjährige DBD-Vorsitzende Ernst Goldenbaum nicht nur der Kopf hinter der Bodenreform in Mecklenburg, sondern auch ehemaliger KPD-Abge–ordneter.[136] Neben Goldenbaum übernahmen auch weitere SED-Funktionäre Führungspositionen.

Eigene Programmatik und Sozialstruktur

Neben dem Einsatz für die volle Gleichstellung der ehemaligen NSDAP-Parteigänger bekannte sich die **NDPD** in ihrem Programmpapier *Grundsätze und Forderungen* zur Einheit Deutschlands, der Sicherung der

---

132 Vgl. Haas, J.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Bamberg 1988, S. 53.

133 Vgl. ebd., S. 62.

134 Die SED nahm für sich in Anspruch, die Partei der Arbeiter und Bauern zu sein. Deshalb reagierte sie auf die Initiative der SMAD, angesichts der zu scheitern drohenden Bauernpolitik der SED eine unterstützende Partei zu gründen, erst zurückhaltend. Vgl. Bauer, Blockpartei und Agrarrevolution, S. 75–77 und 134–142.

135 Vgl. Kühne, K.: Die Anfänge der DBD, in: Frölich, J. (Hg.): „Bürgerliche" Par–teien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 89–102, hier S. 91.

136 Vgl. Schwabe, Illusion, S. 121.

Existenz des Mittelstands und des Handwerks und dem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten. Die ursprünglichen Forderungen nach der Zerschlagung der *„Herrschaft der Bürokratie"* wurden später aus dem Programm der NDPD entfernt.[137]

Den Kern der NDPD-Funktionäre bildeten ehemalige Mitglieder der SED, ehemalige Mitglieder des Kriegsgefangenen-Komitees *Freies Deutschland* und des Bundes Deutscher Offiziere. Eine der personellen Konstanten stellte Jonny Löhr in Mecklenburg dar: Absolvent der Moskauer Kaderschule, Komintern-Mitarbeiter, Mitglied des SED-Landes–vorstands und ab 1948 Mitbegründer sowie Landesvorsitzender der NDPD. Ebenso sah es in allen anderen Landesverbänden aus.[138] Inwiefern sich die NDPD-Mitglieder ihrer Instrumentalisierung bewusst waren, kann für die Gründungsjahre nur spekuliert werden. Zumindest muss es entsprechende Gerüchte gegeben haben.[139] Nachfragen zur Parteigeschichte[140] wurden offiziell nicht thematisiert, kamen jedoch unter anderem im Zusammenhang mit Löhrs Todesanzeige immer wieder auf.[141] Die von der SED beauftragten NDPD-Führungskader fanden in der Gründungsphase der Partei unter den Mitgliedern wenig Akzeptanz und waren wohl auch eine Ursache für den geringen Mitgliederzuwachs. Neben der engen Verbindung zur SED gab es auch personelle Kontinuitäten zwischen NSDAP und NDPD.[142] Die Überrepräsentanz in den

---

137 Vgl. Haas, Die NDPD, S. 19–20.

138 Vgl. Schwabe, Illusion, S. 121.

139 Auf dem Sonderparteitag im Januar 1990 werden diese angesprochen. Protokoll des Sonderparteitags am 20./21.1.1990, BArch, SAPMO, Bestand NDPD, DY16/3625, S. 75.

140 *„Warum wurde die Partei erst 1948 gegründet?"* und *„Welche Rolle spielt die Ehemaligenproblematik in unserer Partei?"* wurde unter anderem auf den Studienzirkeln im Mai 1988 gefragt. Die Antworten sind leider nicht protokolliert. SAPMO BArch, DY 16/3765, S. 4.

141 Nach dem Tod Löhrs im Jahr 1967 hat es zwei Traueranzeigen gegeben: Eine der um ihren Parteifreund trauernden NDPD in der NZ und eine der SED im ND, die verräterischer Weise um ihren Genossen Löhr trauerte. So eine Wortmeldung auf dem Sonderparteitag im Januar 1990. Der Parteitag nahm zu dem richtigen Verdacht, Löhr habe sich im Auftrag der SED in der NDPD engagiert, keine Stellung. Stenographisches Protokoll des Sonderparteitags der NDPD am 20./21.1.1990, S. 75, BArch DY 16/3625.

142 So wurde der frühere Adjutant von Generalfeldmarschall Paulus, Oberst Wilhelm Adam, Ende 1949 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden Sachsens ernannt. Im ersten Parteivorstand saßen neben Oberst Adam auch Generalleutnant Vincenz Müller, der spätere Vorsitzende Major Heinrich Homann, Oberst Günther Ludwig und der einstige Generalmajor Dr. Wilhelm Korfes. Vgl. Staritz, Die NDPD, S. 218.